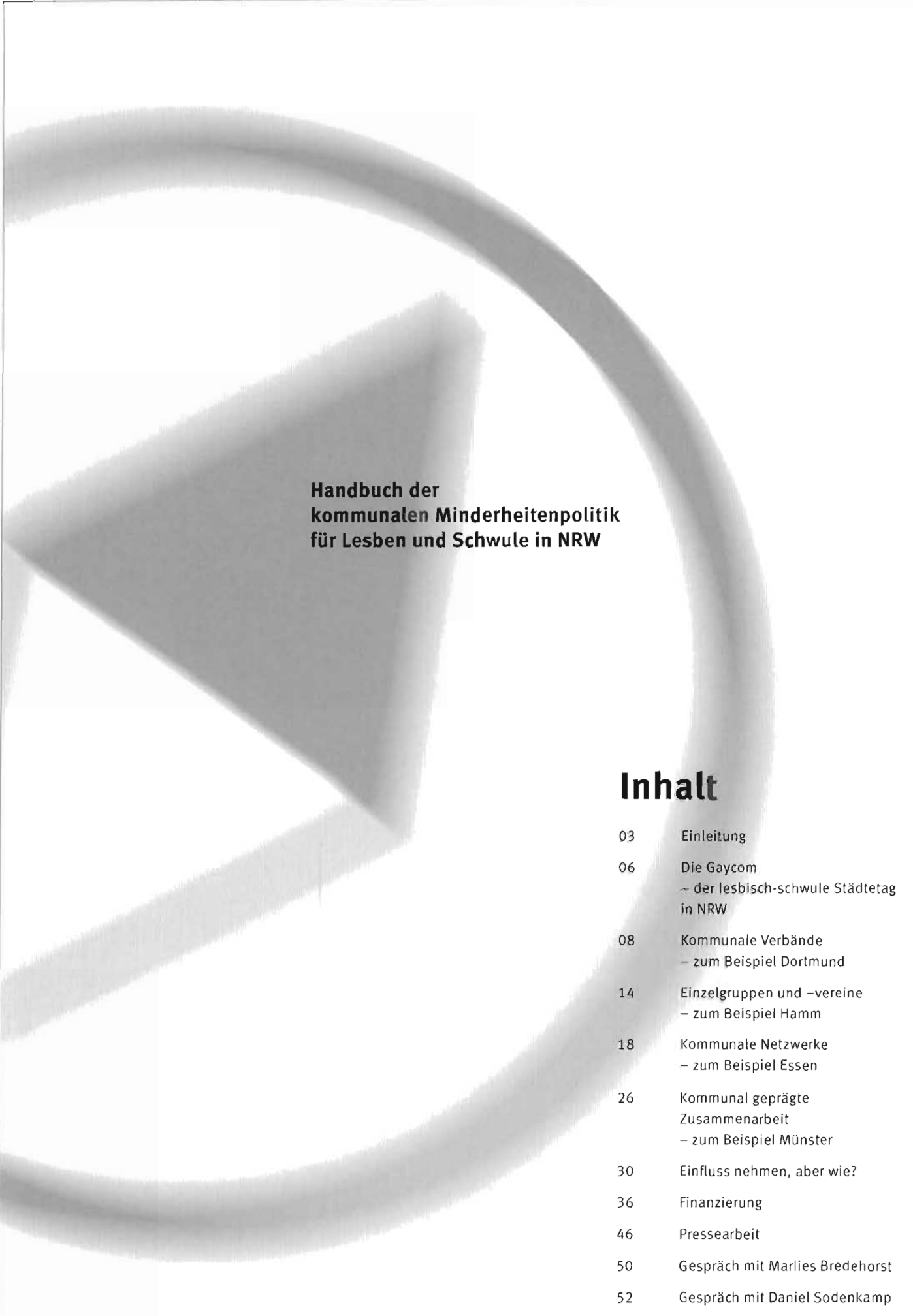


Im Dialog bleiben, voneinander lernen!

Handbuch der kommunalen Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW





**Handbuch der
kommunalen Minderheitenpolitik
für Lesben und Schwule in NRW**

Inhalt

03	Einleitung
06	Die Gaycom – der lesbisch-schwule Städtetag in NRW
08	Kommunale Verbände – zum Beispiel Dortmund
14	Einzelgruppen und –vereine – zum Beispiel Hamm
18	Kommunale Netzwerke – zum Beispiel Essen
26	Kommunal geprägte Zusammenarbeit – zum Beispiel Münster
30	Einfluss nehmen, aber wie?
36	Finanzierung
46	Pressearbeit
50	Gespräch mit Marlies Bredehorst
52	Gespräch mit Daniel Sodenkamp
55	Impressum

Liebe Leserin, lieber Leser!

Einleitung



Zwischen fünf und zehn Prozent der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens sind schwul oder lesbisch. Konkret bedeutet dies: In jeder Schulklasse, in jedem Sportverein und an jedem Arbeitsplatz treffen wir auf Angehörige dieser Minderheit. In den vergangenen Jahren sind Lesben und Schwule zunehmend in der Öffentlichkeit sichtbar geworden. Hierfür gibt es einige prominente Beispiele, die in den Medien viel Beachtung fanden. Der wahre Fortschritt für einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Offenheit gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen ist jedoch erst auf regionaler und lokaler Ebene ablesbar, also dort, wo die Menschen am Arbeitsplatz, in Vereinen und privat zusammentreffen.

In ganz Nordrhein-Westfalen gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die sich direkt vor Ort für mehr Akzeptanz und Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen einsetzen. Diese Initiativen haben sich unter dem landesweiten Dach des Schwulen Netzwerks NRW und der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW zusammengefunden. Beide Dachverbände und ihre regionalen Mitgliedsorganisationen sind für die Landesregierung NRW wichtige Gesprächspartner, wenn es um die Ausrichtung der Politik zu Themen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen geht.

Das vorliegende „Handbuch der kommunalen Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW“ dokumentiert vielfältige Ansätze und beachtliche Erfolge beim Abbau der immer noch bestehenden Diskriminierungen von homosexuellen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Land.

Seit mehr als 20 Jahren gibt es eine aktive Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in Nordrhein-Westfalen. Die Erfahrungen mit der Wirksamkeit von Maßnahmen gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen sind auf kommunaler Ebene allerdings sehr unterschiedlich. Eines zeigt dieses Handbuch jedoch ganz klar: Dort, wo ein fruchtbares Miteinander gelebt wird, profitieren Lesben und Schwule sowie die Kommunen gleichermaßen.

Dieses Handbuch dokumentiert Erfahrungen und Wissen für alle, die im Bereich der aktiven Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule tätig sind, sei es in der Politik, in der Verwaltung oder im Bereich der lesbisch-schwulen Selbstorganisation. Das Buch wendet sich daher gleichermaßen an kommunale Politikerinnen und Politiker, an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der örtlichen Verwaltung sowie an die in den Städten und Gemeinden politisch aktiven Lesben und Schwulen.

Im Dialog bleiben,
voneinander lernen!



Eine aktuelle Online-Ausgabe dieses Handbuchs mit ausführlichem Adressteil und Ansprechpartnern bzw. Ansprechpartnerinnen finden Sie im Internet unter:
<http://politik.lesben-nrw.de>
<http://politik.schwules-netzwerk.de>

Einleitung

Das Handbuch veranschaulicht beispielhaft, wie kommunalpolitische Strukturen aufgebaut sind, wie die Wege gesellschaftspolitischer Willensbildung verlaufen und wie entsprechende Entscheidungen gefällt werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass lesbisch-schwule Initiativen und Gruppen sich je nach ihrer eigenen Entstehungsgeschichte mit sehr individuellen Themenschwerpunkten beschäftigen und dass diese Organisationen jeweils unterschiedlich stark in der Kommune verankert sind.

Exemplarisch dokumentiert dieses Handbuch Erfahrungen und Erfolge in der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und lesbisch-schwulen Gruppen aus insgesamt 17 Städten in ganz NRW. Dabei fallen einige Gemeinsamkeiten zwischen bestimmten Städten auf, in denen die Strukturen der Zusammenarbeit sich jeweils ähneln. Fasst man Gruppen mit ähnlicher Ausrichtung zusammen, so lassen sich insgesamt vier „Grundtypen“ unterscheiden:

Einzelgruppen und -vereine

In den Städten Aachen, Ennepetal, Hamm, Mönchengladbach, Mülheim/Ruhr, Paderborn und Siegen finden sich lesbisch-schwule Initiativen, die mit und ohne Vereinsstruktur politisch als einzelne Gruppen agieren.

Kommunale Netzwerke

In den Städten Bonn, Düsseldorf und Essen sind lesbisch-schwule Initiativen und Gruppen zu finden, die ohne Vereinsstatus als kommunale Netzwerke agieren.

Kommunale Verbände

In Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Hagen und Köln finden wir formelle Zusammenschlüsse von lesbisch-schwulen Gruppen und Initiativen, die als Verein agieren.

Institutionalisierte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

In Münster und Wuppertal gibt es Formen von institutionalisierter Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Initiativen.

Für die im Handbuch vorgestellten Grundtypen von Zusammenschlüssen ließen sich viele weitere Beispiele finden. Selbstverständlich kann die hier vorgenommene Typisierung die Vielfalt der Gruppen und Initiativen in Nordrhein-Westfalen nur eingeschränkt darstellen, und sie ist lediglich eine Momentaufnahme. Gruppen verändern sich und entwickeln sich weiter. Und das ist gut so.

Dieses Handbuch dokumentiert Erfahrungen und Wissen für alle, die im Bereich der aktiven Minderheiten- politik für Lesben und Schwule tätig sind.

Einleitung

Die Einordnung nach Grundtypen soll deshalb vor allem eine Hilfe sein, um den Leserinnen und Lesern konkrete Ideen an die Hand zu geben, wie sie das gesellschaftliche Leben in der Kommune aktiv mitgestalten können. Das Handbuch möchte unterschiedliche Strukturen und Ausgangslagen verdeutlichen, Entwicklungsmöglichkeiten für die lesbisch-schwule Community aufzeigen und den Beteiligten Mut machen, sich zu engagieren.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V. und das Schwule Netzwerk NRW e.V. danken allen Personen und Gruppen, die an der Erstellung dieses Handbuchs mitgewirkt haben, und wünschen allen Engagierten und Interessierten eine anregende Lektüre und viel Erfolg bei ihren Projekten!

Möge dieses Handbuch Ansporn für alle Beteiligten sein, den begonnenen Dialog auf kommunaler, regionaler und Landesebene fortzusetzen, zu intensivieren und konstruktiv zu gestalten.

Gabriele Bischoff
Geschäftsführerin der LAG Lesben in NRW e.V.

Alexander Popp
Landesgeschäftsführer des Schwulen Netzwerks NRW e.V.

Wie wurde Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen konkret umgesetzt? Was ist in den Kommunen und auf Landesebene gut gelungen? Wo lagen die Hindernisse? Diese Fragen erörtern Vertreterinnen und Vertreter aus lesbisch-schwulen Vereinen, aus Politik und Verwaltung beim jährlichen nordrhein-westfälischen Vernetzungstreffen „GAYCOM“.

Die GAYCOM – der „lesbisch-schwule Städtetag“ in NRW



Im Mittelpunkt der jährlichen GAYCOM steht der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu aktuellen Entwicklungen der Minderheitenpolitik für Les-

ben und Schwule in den Kommunen. Den Schwerpunkt bildet hierbei ein Blick auf die Situation in der jeweiligen Gastgeberstadt. Des Weiteren geht es um konkrete Projekte wie z. B. das Konzept für dieses Handbuch, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GAYCOM entwickelten.

Mit der GAYCOM 2005 folgte Köln der Tradition der Städte Wuppertal und Dortmund, die in den Jahren 2003 und 2004 den „lesbisch-schwulen Städtetag in NRW“ ausrichteten. Das Schwule Netzwerk NRW übernimmt jährlich die Koordination dieses Vernetzungstreffens. Die GAYCOM richtet sich an alle Mitwirkenden kommunaler Runder Tische oder Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Lesben- und Schwulenpolitik. Hierzu gehören insbesondere auch Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte sowie Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die für lesbisch-schwule Bürgerbelange zur Verfügung stehen.



Die GAYCOM richtet sich an alle Mitwirkenden kommunaler Runder Tische oder Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Lesben- und Schwulenpolitik.

Welche zentralen Themen werden auf der GAYCOM jährlich aufgegriffen?

- kommunale Handlungsprogramme zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen*
- übergreifende Zusammenarbeit von Organisationen und Parteien in der Minderheitenpolitik für Lesben- und Schwule*
- breit angelegte Bündnisse im Bereich regionaler Antidiskriminierungsarbeit*
- Entwicklung kommunaler Förderung von lesbisch-schwulen Projekten*
- Situation von Kommunikations- und Kulturzentren für Lesben und Schwule*
- Besonderheiten psychosozialer Beratungsstellen für Lesben und Schwule, lesbisch-schwuler Jugendarbeit und lesbisch-schwuler Altenhilfe vor Ort*
- Kooperation mit AIDS-Hilfen bei zielgruppenspezifischer HIV- und AIDS-Prävention sowie Fragen lebensweltorientierter Gesundheitsförderung*
- Einschätzungen zur Landespolitik*
- Entwicklung von Wahlprüfsteinen*
- europäische/internationale Perspektiven*

Aktuelle Termine zur GAYCOM finden Sie im Internet unter

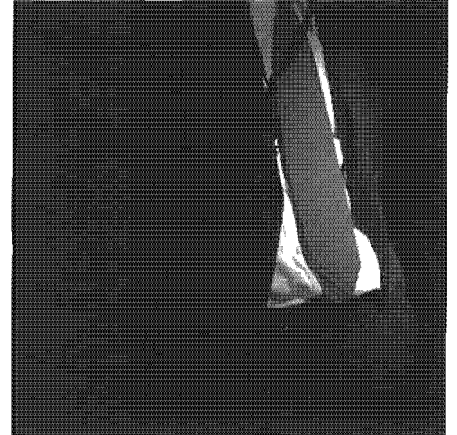
www.schwules-netzwerk.de



Kommunale Verbände

In Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Hagen und Köln finden wir Zusammenschlüsse von lesbisch-schwulen Gruppen und Initiativen vor, die als Verein agieren. Sie vernetzen die örtliche Arbeit und verstehen sich als Ansprechpartner auch für Politik und Verwaltung.

- ④ Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e.V.
- ④ SLADO Schwul-lesbischer Arbeitskreis Dortmund e.V.
- ④ AkDuLuS Arbeitskreis Duisburger Lesben und Schwule e.V.
- ④ HALS e.V. Hagener Lesben und Schwule
- ④ Kölner Lesben- und Schwulentag KLUST e.V.



Merkmale

Es handelt sich hier jeweils um ein schwul-lesbisches Netzwerk verschiedener lokaler Gruppen, die sich zum Verein zusammengeschlossen haben: AIDS-Hilfe, Lesben- und Schwulengruppen, Hochschulgruppen, Beratungseinrichtungen, Kultur- und Freizeitangebote. Eine Ausnahme bildet Hagen in Ermangelung mehrerer Vereine, dort steht die persönliche Mitgliedschaft im Vordergrund. Die Vernetzung fördert u.a. die Sichtbarkeit von Lesben- und Schwulengruppen, -initiativen und -vereinen in der jeweiligen Stadt.

Ziel ist es, lesbisch-schwule Angebote vor Ort sicherzustellen, in der Kommune ein Klima für Akzeptanz zu fördern und Vorurteile abzubauen zu helfen, die Lebenssituation von Lesben und Schwulen zu verbessern, Politik und Verwaltung für die Belange von Lesben und Schwulen zu sensibilisieren und eine gemeinsame Interessenvertretung zu organisieren.

Es finden in der Regel häufig Treffen statt (2x im Monat bis alle 2 Monate) mit relativ vielen Teilnehmern (10- 20). Zusätzliche Treffen finden in den Vereinsstrukturen statt (Unterarbeitskreise, Vorstand, Mitgliederversammlung usw.). Die Aktiven treffen sich in der Regel in den Räumen, die auch sonst von den Gruppen genutzt werden (z.B. AIDS-Hilfe, Zentrum)

Aus den Anfangsaktivitäten (die meist identisch sind mit CSD-Veranstaltungen) haben sich immer breitere Aufgabenkataloge entwickelt. Daraus resultieren oft deutliche personelle und finanzielle Ressourcenprobleme.

Die Kontakte zu Politik und Verwaltung gestalten sich sehr unterschiedlich und sind stark von der persönlichen Kenntnis der Personen geprägt. In Dortmund sind die Kontakte durch den dortigen Runden Tisch institutionalisiert. Hier hat das örtliche Netzwerk auch an einem städtischen Handlungsprogramm mitgewirkt. Ähnliches gilt für Bielefeld. Mitunter bieten die Netzwerke auch Fortbildung für städtische MitarbeiterInnen an.

Die Finanzierung der kommunalen Arbeit erfolgt auf unterschiedlichste Weise: Spenden (auch von Unternehmen), Mitgliedsbeiträge, Landesförderung über Schwules Netzwerk NRW bzw. LAG Lesben in NRW, Kommunaler Kulturfonds, örtliche Sparkasse(nstiftung), kommunale Jugendförderung, kommunale Selbsthilfeförderung, Hannchen Mehrzweck Stiftung, Aktion Mensch, Straßenfestveranstaltung, Parties uwm.

zum Beispiel Dortmund

Ein Gespräch mit **André Zwiers-Polidori**, Vorstand des Schwul-lesbischen Arbeitskreises Dortmund e.V. (SLADO) und **Reinhold Giese**, Vertreter der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund..

„Es liegt in unserer Verantwortung zu erklären, wer wir sind und was wir wollen“



Herr Giese, warum engagieren Sie sich für lesbisch-schwule Belange in Ihrer Stadt? **Reinhold Giese**

(Mdr): Ich bin Mitglied im

Sozialausschuss der Stadt Dortmund und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, für die ich an diesem Runden Tisch teilnehme. Mein Vorgänger ist selbst schwul und hatte bereits für die SPD Verbindungen zu SLADO aufgebaut. Für mich ist eine Teilnahme am Runden Tisch notwendig, da die Schwierigkeiten von Minderheitengruppen teilweise sehr groß sind. Mein Interesse für den Runden Tisch hat auch etwas mit meinem persönlichen Werdegang zu tun. Ich stamme aus dem Sauerland und bin streng katholisch aufgewachsen. In meiner Jugend habe ich dann viele Werte, die zu Hause und der damaligen Gesellschaft galten, in Frage gestellt, und ich begann, mich auch für geschichtliche Zusammenhänge zu interessieren. Wie ist man zum Beispiel in der Zeit des Nationalsozialismus mit Schwulen und Lesben umgegangen? Ich bin zu dem Schluss gekommen: Minderheiten sollen sich in unserer Gesellschaft frei bewegen können. Das gilt selbstverständlich für verschiedenste Minderheiten, die in ähnlicher Weise benachteiligt sind wie Schwule und Lesben.

Inwiefern waren die Runden Tische in Münster und Essen ein Vorbild für Dortmund? **André Zwiers-Polidori**

(SLADO): Vorbildlich war, dass Münster und Essen überhaupt losgelegt haben. Hier in Dortmund brauchten wir das Rad nicht

*Am Runden Tisch Dortmund nehmen neben dem SLADO das Sozialdezernat der Stadt Dortmund (Geschäftsführung des Runden Tisches), sowie Ratsmitglieder aller Parteien und der Jugendring Dortmund teil. Unter www.dortmund.de hält die Stadt Dortmund ein Informationsangebot Lesben und Schwule bereit.
[Stand Dezember 2005]*

mehr neu zu erfinden, sondern wir haben einfach geschaut, welche Themen für uns übertragbar sind und welche Lösungsansätze es in den beiden anderen Städten schon gab. Als wir beschlossen, uns zu engagieren und unsere Kräfte zu bündeln, waren wir von SLADO zunächst relativ unerfahren in der Kommunalpolitik. Deshalb haben wir uns angeschaut, welche Erfahrungen es anderswo in diesem Bereich schon gab. Wir haben schnell verstanden, dass einzelne Schwulen- und Lesbengruppen kaum Chancen haben, in die Politik hineinzuwirken. Oft ist das Thema für die Ansprechpartner zu fremd, und deshalb gibt es dann keine Fortschritte. In Essen hat uns gut gefallen, dass der dortige Runde Tisch ein Handlungsprogramm beschlossen hat, bei dem konkrete Maßnahmen wie nach einem Fahrplan Schritt für Schritt umgesetzt werden können.

Wie hat sich die gute Zusammenarbeit zwischen der Politik und SLADO entwickelt?

Zwiers-Polidori: Das hängt immer auch von den beteiligten Personen ab. Sicher hatten wir hier auch ein bisschen Glück mit dem Zeitpunkt. Als 1999 die ersten Direktwahlen zum Oberbürgermeisteramt anstanden, sind wir von SLADO mit der Idee „Runder Tisch“ an die Kommunalpolitik herangetreten. Wir haben einfach alle Kandidaten angeschrieben, und es gelang uns, alle OB-Direktkandidaten auf unsere Straßenfestbühne zu bekommen. Es war klar, das ist ein großes Fest mitten in der Innenstadt, mit einer großen Bühne, und hier konnte sich im Wahlkampf jeder

Kandidat präsentieren und sich bekannter machen. Für die Politiker war das also eine große Motivation. Wir haben die Chance genutzt und die Kandidaten mit unserer Forderung nach einem Runden Tisch konfrontiert. Und alle versprochen: ‚Wenn ich gewählt werde, richte ich so einen Runden Tisch ein.‘ **Giese:** Ganz so selbstverständlich war es nicht, dass die Politiker da auf der Bühne erschienen sind. Im konservativen sozialdemokratischen Bereich war das kein leichtes Thema. Auch hier hing vieles von einzelnen Personen ab. Unser neuer Oberbürgermeister hat nicht nur die erforderliche Neugierde entwickelt, sondern auch die Idee so vorangebracht, dass es generell um Minderheiten geht. Hierzu war einiges an Vorarbeiten nötig. Unterstützung gab es auch vom Sozialdezernenten der Stadt Dortmund.

Wie sehen Sie Ihre Rolle als Vertreter der SPD-Fraktion am Runden Tisch? **Giese:**

Ich selbst verstehe meine Funktion beim Runden Tisch so, dass ich Kontakte herstelle, wenn es beispielsweise darum geht, Geld für ein Straßenfest zu beschaffen, bei dem sich die Gruppen der Öffentlichkeit vorstellen können. Außerdem trage ich die Diskussionen, die hier geführt werden, in die Gremien, in die SPD-Fraktion und in den Rat, so dass dort fundierte Entscheidungen getroffen werden können.

Welche Tipps gibt es für Interessierte, die in anderen Städten einen Runden Tisch gründen möchten? **Zwiers-Polidori:** Auch Schwulen- und Lesbenpolitik bedeutet,

dicke Bretter zu bohren. Gerade jüngere Leute wissen häufig nicht, dass politische Prozesse sehr viel Zeit und Geduld erfordern. Das heißt, wenn man sich mit unseren Themen ins kommunalpolitische Feld begeben will, dann sollte man sich darüber im Klaren sein, dass man mehrere Leute braucht, die zumindest mittelfristig für die Aufgabe zur Verfügung stehen und nicht ständig wechseln. Die Politiker und Mitarbeiter aus der Verwaltung haben oft nur wenig Erfahrung mit Lesben und Schwulen. Sie müssen sich deshalb erst mal ein Bild von unserer Lebenswelt verschaffen, und das geht am besten, wenn ich immer wieder mit einem festen Team von Ansprechpartnern diskutiere, durchaus auch kontrovers. Irgendwann weiß ich dann, ob ich meinen Gesprächspartnern vertrauen kann, ob ihre Forderungen einen realen Hintergrund haben und insofern auch berechtigt sind.

Wie fest etabliert ist der Runde Tisch inzwischen? Gab es personelle Wechsel?

Zwiers-Polidori: Natürlich sind bei SLADO in den vergangenen fünf Jahren auch Leute ausgeschieden und neue hinzugekommen. Manche haben sich beruflich verändert oder hatten aus privaten Gründen keine Zeit mehr für das Projekt. Neue Leute zu gewinnen, ist nicht einfach, aber das gilt wahrscheinlich für alle Ehrenämter. Manchmal muss man den Neuen auch Mut machen, wenn es zum Beispiel darum geht, erstmals vor einem größeren Kreis eine Präsentation vorzustellen oder auch eine Veranstaltung zu organisieren. So schwer

zum Beispiel Dortmund



Ganz so selbstverständlich war es nicht, dass die Politiker da auf der Bühne erschienen sind.
Giese

ist das alles nicht. **Giese:** In Dortmund ist zum Glück inzwischen das Eis gebrochen. Die Presse hat über den Runden Tisch berichtet, und die Berührungsängste haben abgenommen. Wir können also sagen, die Institution Runder Tisch in Dortmund funktioniert. Insofern ist es wahrscheinlich etwas einfacher geworden, auch in Politik und Verwaltung Nachfolger zu finden, die die Arbeit übernehmen und fortsetzen können, weil sie wissen, sie kommen in eine Runde, die als etabliert gilt.

Inwiefern unterscheidet sich der Runde Tisch von anderen kommunalpolitischen Initiativen? **Giese:** Ich persönlich mache da keine Unterschiede zwischen Schwulen und Lesben und anderen Minderheiten. Ich wohne ja in der Dortmunder Nordstadt, und dort haben wir viele Zuwanderer. Es gibt Gruppierungen aus vielen Nationen, die sich in ähnlicher Weise als Minderheiten artikulieren und auf die Kommunalpolitik zukommen. Etwas anders sieht es aus, wenn ich mit den Menschen draußen diskutiere. Dann höre ich oft, dass es doch etwas anderes ist, schwul oder lesbisch zu sein und nur bedingt vergleichbar mit der Situation beispielsweise als Migrantin oder Migrant.

Die Vergabe von Fördermitteln ist ja ein sensibles Thema. Wie schafft es eine Initiative eigentlich, zum Beispiel an Sonderausstattungen der Sparkassen oder Spenden städtischer Unternehmen heranzukommen? **Zwiers-Polidori:** Eine Voraussetzung hierfür ist, dass man sich schon ein

bisschen kennen gelernt hat. Mit einem freundlichen Brief allein kann man da wenig erreichen. Es ist wichtig zu wissen, wer über solche Fragen politisch mitentscheidet. Und dann müssen persönlich Türen geöffnet werden. Wir hatten für das Schwulen- und Lesbenzentrum KCR immer wieder versucht, an diesen Fördertopf zu kommen, und das hatte früher nie funktioniert. Nachdem Herr Giese dieses Anliegen in seine Fraktion eingebracht hatte, kam ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD zustande. Dabei haben wir ein konkretes Projekt vorgestellt, eine bauliche Modernisierung. Es war wichtig, dass der Fraktionsvorsitzende vorher von Herrn Giese erfahren hatte, dass es sich lohnt, mit uns zu sprechen, und er konnte sich dann selbst davon überzeugen, dass es um ein sinnvolles Projekt ging, das er bei seinen Parteifreunden und in den anderen Gremien auch vertreten kann.

Was ist verbesserungsfähig beim Runden Tisch? **Giese:** Wir treffen uns bisher vierteljährlich. Wenn etwas Besonderes anliegt, fragen wir zwischenzeitlich nach. Wir brauchen zusätzlich noch eine Brücke zur höheren Ebene, in Richtung Landtag und Bund. Aber das funktioniert auf der Politikebene noch nicht so wie ich es mir wünsche. Da kommen nicht unbedingt Antworten. Wahrscheinlich gehört auch noch mehr Überzeugungsarbeit dazu.

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie auf Landesebene? **Giese:** Für den Bereich Schule wünsche ich mir mehr Aufklärung

und Information über Schwule und Lesben. Ich diskutiere häufig mit Schülerinnen und Schülern in der Dortmunder Nordstadt und höre da manchmal erschreckende Antworten zu diesem Thema. Das ärgert mich. Hier ist das Schulministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gefordert, aber auch alle anderen Länder. In der Dortmunder Stadtverwaltung gibt es eine Informationsreihe für Auszubildende und Angestellte, in der wir immer wieder auf dieses Thema hinweisen, um Vorurteile abzubauen. Meilensteine der schwul-lesbischen Arbeit in Dortmund waren ja das Handlungsprogramm, die Schulungen, die Seniorenpolitik.

Was ist gut gelungen, und wo gibt es Nachholbedarf? **Zwiers-Polidori:** Ich glaube, dass wir an vielen Stellen nach wie vor ein Informationsproblem haben. Das stellen wir gerade beim Thema Jugendarbeit fest, und das gilt auch für Menschen, die neu in die Stadt kommen. Schwul-lesbische Infrastruktur ist immer noch eine relativ versteckte Sache, wenn man nicht Zugang zu Medien hat, die unsere Fragen bedienen. Andererseits gibt es die schwul-lesbischen Stadtpläne vom städtischen Touristenbüro. Vorbildlich für andere Städte ist auch, dass es im Internetportal der Stadt Dortmund einen großen Bereich zu Schwulen und Lesben gibt, bis hin zu einem aktuellen Kalender, das heißt, wenn wir unsere Informationen hinschicken, stehen die am nächsten Tag im Netz. Da kann man sich darauf verlassen.

Gibt es eine Erfahrung, die Sie gern an andere weitergeben möchten? **Zwiers-Polidori:** Ich möchte gern noch einen Appell loswerden. Meine Erfahrung ist, dass wir uns gerade als Minderheit nicht den ‚Luxus‘ leisten können, immer nur darüber zu klagen, wo man uns überall wehtut, wo man uns vergisst und übergeht. Wir haben gegenüber der Mehrheit auch eine gewisse Verantwortung, nämlich ganz klar zu sagen, wer wir sind, was wir wollen, und warum es auch gut und vernünftig ist, dass uns die Mehrheit unterstützt. Diese Aufgabe kann uns keiner abnehmen. Als selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger und Steuerzahler müssen wir also aufstehen und sagen: Hier sind wir, wir haben bestimmte Interessen, und die sollen in diesem Land, das den Anspruch hat, jeden gleich zu behandeln, auch umgesetzt werden. Wenn wir unsere Interessen nicht einfordern, dürfen wir uns auch nicht wundern, dass nichts passiert.

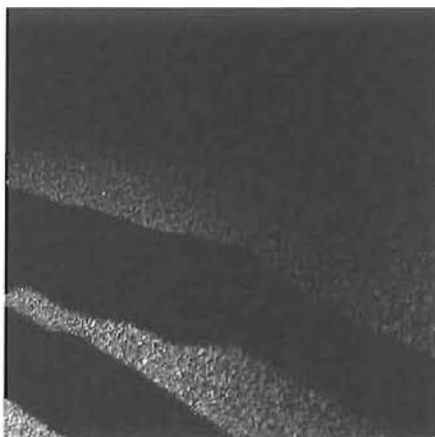
**Und alle versprochen:
‚Wenn ich gewählt werde,
richte ich so einen Runden Tisch ein.‘
Zwiers-Polidori**



Einzelgruppen und -vereine

In den Städten Aachen, Ennepetal, Hamm, Mönchengladbach, Mülheim/Ruhr, Siegen und Paderborn finden sich lesbisch-schwule Initiativen, die mit oder ohne Vereinsstruktur politisch als einzelne Gruppen agieren.

- 🕒 rainbow e.V. Aachen
- 🕒 aMANNda AIDS-Initiative EN e.V.
- 🕒 Rosa Engel Schwullesbische Aktion Hamm
- 🕒 AIDS-Hilfe Mönchengladbach / Rheydt e.V.
- 🕒 Sozialverein für Lesben und Schwule e.V. Mülheim a.d. Ruhr
- 🕒 andersROOM lesbischschwules Zentrum Siegen
- 🕒 SchwIP Schwule in Paderborn





Merkmale

Als unterschiedlich große Vereine bzw. Initiativen nehmen diese Gruppierungen meist vielfältige Aufgaben der schwulen und lesbischen Selbstorganisation wahr (wie z.B. Beratung, Jugendarbeit, Selbsthilfeunterstützung, Kultur- und Freizeitangebote, Öffentlichkeitsarbeit) und sind teilweise mit (teilzeit)angestellten MitarbeiterInnen ausgestattet. Ein breit gefächertes ehrenamtliches Engagement steht im Vordergrund.

Zudem agieren einige als Veranstaltergemeinschaft des örtlichen CSD-Straßenfestes. Mit solchen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten wollen sie Aufklärung zu homosexuellen Lebensweisen voranbringen, Akzeptanz fördern und das Selbstbewusstsein der Community stärken.

Mit der kommerziellen Szene und der örtlichen Politik und Verwaltung wurden sehr unterschiedlich gute bzw. schlechte Erfahrungen gemacht.

Die Treffen finden regelmäßig (1-2 mal monatlich) mit durchschnittlich 10 Personen statt. Zusätzlich gibt es ggf. Treffen der Vereinsorgane oder Treffen in Arbeitsgruppen.

Für einen einzelnen Verein bzw. eine einzelne Initiative ist der Aufbau von Kontakten in die Politik und in die Verwaltung hinein meist mühsam und langwierig. In der Regel gibt es kein kommunales Handlungsprogramm und auch keinen Runden Tisch auf kommunaler Ebene. Eine aktive Antidiskriminierungspolitik ist meist noch nicht in der Kommune verankert.

Auch diese Vereine bzw. Initiativen sind im Schwulen Netzwerk NRW, der LAG Lesben in NRW und/oder in der AIDS-Hilfe NRW vernetzt.

Die Finanzierung der örtlichen Aktivitäten erfolgt vielfältig, z.B. über kommunale Selbsthilfeförderung, das Sozialamt (Mülheim), Stiftungen (Hannchen Mehrzweck Stiftung, Homosexuelle Selbsthilfe, Aktion Mensch, RWE, Jugendstiftung, Stinnes-Stiftung, Kurt-Loosen-Stiftung), Spenden, Sachzuwendungen, Bereitstellen von Räumen, Mitgliedsbeiträge, Sponsoring uwm.

zum Beispiel Hamm

Ein Gespräch mit **Beate Esser-Yildiz**, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hamm und **Ludger Heusener**, Vertreter der Gruppe Rosa Engel sowie der AIDS-Hilfe Hamm.

„Es ist nicht leicht, politisch etwas zu bewegen“



Was hat die Gruppe Rosa Engel dazu veranlasst, kommunalpolitisch aktiv zu werden?

Ludger Heusener

(Rosa Engel): Ich hatte in

der schwulen Presse immer wieder davon gelesen, dass eine ganze Reihe von Schwulengruppen und Lesbengruppen im Ruhrgebiet und in Münster politisch sehr aktiv sind. In Münster gab es dazu auch eine Veröffentlichung, eine ganz dicke Mappe. Ich habe mir das dann vor Ort angeschaut und mit den zuständigen Mitarbeitern der Kommune gesprochen. Anschließend habe ich mir überlegt, welche Ideen wir hier in Hamm umsetzen könnten. Es folgte ein Gespräch mit einem Rats Herrn der Stadt Hamm, der selbst schwul ist und sich auch im Rosa Engel engagiert. Gemeinsam mit ihm, der AIDS-Hilfe Hamm und unserer Gruppe haben wir dann überlegt, einen Runden Tisch ins Leben zu rufen.

Wie habt ihr ganz konkret den Kontakt zur Stadt und zur Verwaltung aufgenommen?

Heusener: Wir haben mit dem Bürgermeister gesprochen. Er hat uns unterstützt, und sein Büro lud dann zum Runden Tisch ein. Die Einladung ging an Vertreter der Ratsfraktionen und an Verwaltungsfachleute, an die AIDS-Hilfe und den Rosa Engel sowie an das damalige Lesbisch-schwule Dreamteam (LSD). Das erste Treffen fand im Rathaus statt. Das war eine ziemlich große Runde.

Welche Rolle spielte deine Arbeit bei der AIDS-Hilfe bei deinem Engagement für den Runden Tisch?

Heusener: Ich bin seit Ende der 1990er Jahre bei der AIDS-Hilfe und bin dort für die Betreuung und Begleitung von Lesben und Schwulen zuständig. Ich fühle mich damit in gewisser Weise auch dafür verantwortlich, dass für diese Minderheit politisch etwas geschieht. Bestimmt hätten wir auch noch mehr erreichen können. Ich bin da durchaus auch kritisch mit mir selbst. Es ist allerdings nicht leicht, etwas zu bewegen. Ich habe zum Beispiel alle Schulen angeschrieben, aber da kam nur wenig Resonanz. Ich hielt es also für sinnvoll, bei der Stadtverwaltung anzufangen, um die dortigen Mitarbeiter zu sensibilisieren.

Zunächst einmal haben wir geschaut, wen wir als Ansprechpartner bei der Kommune gewinnen konnten, der dort schwule und lesbische Belange vertreten kann, zum Beispiel wenn sich Mitarbeiter diskriminiert fühlen. Das war nicht einfach. Wir haben mehrere Leute angesprochen, aber die waren alle nicht bereit, sich zur Verfügung zu stellen. Schließlich haben wir entschieden, dass die Gleichstellungsbeauftragte als Ansprechpartnerin fungiert.

Was konkret konnte der Runde Tisch erreichen?

Beate Esser-Yildiz (Gleichstellungsbeauftragte): Wir haben am Runden Tisch versucht, eine Reihenfolge zu bilden, um zu schauen, welche Themen wir vorrangig bearbeiten wollen. Dazu gehörten die Öffentlichkeitsarbeit, das Thema Schulen sowie die Stadt Hamm

als Arbeitgeber. Wegen der Vorbildfunktion der Stadt und weil die Stadt hierfür aufgeschlossen war, haben wir uns dann für das letztgenannte Thema entschieden und eine Arbeitsgruppe gebildet. Teilnehmer waren unser Personalchef, ein Vertreter des Personalrates, zwei Vertreterinnen vom LSD, Ludger Heusener und ich. Vorrangig ging es darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Hamm für unser Thema zu sensibilisieren und um Toleranz zu werben, zum Beispiel über unsere Mitarbeiterzeitung ‚Maz live‘. Ludger hat dort einen Artikel verfasst, in dem es um die Schwierigkeiten ging, die auftreten können, wenn homosexuelle Kollegen Angst haben, sich am Arbeitsplatz zu ihrem Schwul- und Lesbischsein zu bekennen.

Außerdem sind wir übereingekommen, jährlich im September im Rahmen der Einführungswochen für unsere neuen Auszubildenden ein Seminar zu machen. Uns ist sehr daran gelegen, dass sich die jungen Leute mit gesellschaftlichen Themen beschäftigen, denn sie werden schließlich später auch den Dienst am Bürger und der Bürgerin tun. Inhaltlich geht es allgemein um Lesben und Schwule und speziell darum, wie in der Stadtverwaltung mit dieser Minderheit umgegangen werden soll. Im nächsten Jahr werden wir das Seminar um das Thema HIV und AIDS erweitern, weil das die Jugendlichen sehr bewegt. Hier gibt es noch erhebliche Wissenslücken.

Der Rosa Engel ist Hamms schwul-lesbische Gruppe und besteht seit Beginn der 1990er Jahre. Inzwischen ist die Gruppe fester Bestandteil der Stadt geworden. Neben den regelmäßigen Gruppentreffen hat sich auch ein Bürgerradio, die „Rosa Engel Fete“ auf der Zeche Radbod sowie eine Sportgruppe etabliert. Die Gruppe hat keine Vereinsstruktur, sondern ist ein loser Zusammenschluss von engagierten Ehrenamtlichen. Mehr im Internet unter www.rosa-engel.de.

Bei der **Stadt Hamm** ist die Gleichstellungsbeauftragte **Beate Esser-Yildiz** die Ansprechpartnerin für schwul-lesbische Belange.

Hat die Arbeit des Runden Tisches zu einem Klimawandel beigetragen? **Esser-Yildiz:**

Für die Stadt Hamm zumindest kann ich sagen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Nachteile durch ihr Lesbisch- oder Schwulsein erfahren. Wir haben jetzt die Führungsrichtlinien, es geht da um ein Miteinander. Zum guten Arbeitsklima gehört auch Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensformen. Auch in meinem Frauenförderplan gibt es ja diesen Passus, dass Diskriminierungen nicht toleriert werden. Nur wenn ein gutes Arbeitsklima herrscht, kann man auch gute Leistungen bringen. Das gilt für jeden und jede, die hier arbeitet. Deswegen haben wir mit unserer Arbeit bei der Stadtverwaltung angefangen. Dass wir uns gerade auch um die Auszubildenden kümmern, die jung und relativ offen in diese Verwaltung kommen und sich dann mit diesem Thema beschäftigen, ist für uns wichtige Grundlagenarbeit.

Welche weiteren Projekte könnten Sie sich vorstellen? **Esser-Yildiz:**

Wir haben uns vorgenommen, dass wir für die Mitarbeiterzeitung ‚Maz live‘, eine Auflistung erstellen, in der wir sämtliche Beratungsangebote und Treffpunkte für Schwule und Lesben übersichtlich aufführen und die entsprechenden Ansprechpartnerinnen oder den Ansprechpartner benennen. In unregelmäßigen Abständen soll diese Übersicht dann aktualisiert werden.

Gab es Veranstaltungen mit größerer Außenwirkung? **Heusener:** Im Jahr 2001 hat unsere Sportgruppe den ‚Gay and Lesbian Run‘ ausgerichtet. Da sind auch Politiker erschienen. Volker Beck war da, und wenn ich mich recht erinnere, hat unser Oberbürgermeister den Startschuss gegeben. Solche Veranstaltungen laufen ja sonst nur in Berlin und Köln und in einigen anderen großen Städten. Das hat sehr viel Spaß gemacht, aber langfristige Wirkungen hat eine solche Veranstaltung für unsere Stadt nicht. Insgesamt ist die Stadt Hamm sehr offen für schwul-lesbische Belange, und wir haben auch ein gutes Verhältnis zum Oberbürgermeister. Anfangs wollte er nicht, dass wir wegen des Runden Tisches der Presse Bescheid geben. Also wurde auch nicht darüber berichtet. Damals dachte ich, um etwas zu erreichen, geben wir uns erstmal mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden. Und dann können wir weiter sehen. Heute würde ich das vielleicht anders machen. **Esser-Yildiz:** Das ist aber auch nicht verkehrt, das kenne ich aus meiner alltäglichen Arbeit auch, wenn es darum geht, für Frauen was zu erreichen. Da musst du auch erstmal mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner anfangen und von da aus baust du dann auf kleinen Erfolgen auf.

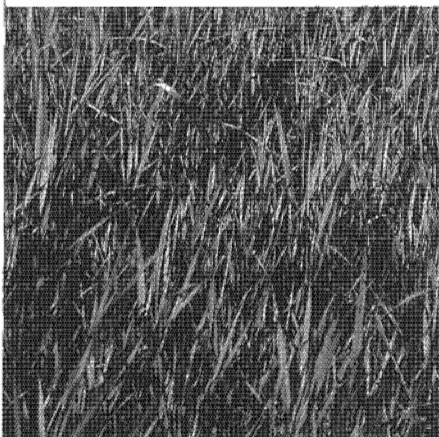


Solche Veranstaltungen
laufen ja sonst nur in
Berlin und Köln ...

Bekommt ihr finanzielle Förderungen?

Heusener: Der Rosa Engel und die AIDS-Hilfe haben häufiger kulturelle Veranstaltungen organisiert. Dafür haben wir auch bei der Stadt Mittel beantragt. Meist waren das Autorenlesungen. Leider werden die Gelder wegen der Haushaltslage immer mehr zusammengestrichen. Da kriegen wir nur noch 50 oder 100 Euro im Jahr. Im Vergleich zu anderen Städten sind das sehr bescheidene Beträge. Aber wir wollen auch nicht immer gleich nach Geld rufen. Damit umfangreichere Mittel fließen könnten, müssten wir allerdings auf schwul-lesbischer Seite auch größere Strukturen aufbauen, zum Beispiel einen Verein gründen. Das ist aber für den Augenblick nicht geplant.

Kommunale Netzwerke



In den Städten Bonn, Düsseldorf und Essen sind zum Beispiel lesbisch-schwule Initiativen und Gruppen zu finden, die politisch als informelle Zusammenschlüsse agieren.

- ④ Runder Tisch Bonn
- ④ Forum Düsseldorfer Lesben- und Schwulengruppen
- ④ Forum Essener Lesben und Schwule F.E.L.S.

Merkmale

Die Gründungsanlässe dieser Zusammenschlüsse waren unterschiedlich: In Bonn stand die Planung eines schwul-lesbischen Sommerfestes am Anfang, in Düsseldorf wurde die Antidiskriminierungsresolution des Stadtrates aufgegriffen, in Essen sollte die Stadt dazu gebracht werden, sich um lesbisch-schwule Belange zu kümmern.

In Düsseldorf fand der Runde Tisch kontinuierlich zwischen 1995 und 2001 statt, Themen waren u.a. die Anti-Gewaltarbeit, Kultur- und Stadtmarketing. Der politische Wechsel nahm dem Runden Tisch die Bedeutung, die er bislang hatte. In Essen wurde das erste Handlungsprogramm verabschiedet. In Bonn fanden inzwischen 7 erfolgreiche Sommerfeste statt.

Die Zusammenschlüsse sind offen für alle, die Interesse an schwul-lesbischen Belangen haben. Die Motivation, sich für lesbische Bürgerinnen und schwule Bürger einzusetzen, prägt das Engagement. Gemeinsam will man auch mehr Gehör finden in Politik und Verwaltung.

Kontakte zu Verwaltung und Politik sind bei allen vorhanden, allerdings unterschiedlich ausgeprägt. Teilweise werden die Mitglieder der Zusammenschlüsse in politische Entscheidungs- bzw. Verwaltungsprozesse eingebunden.

Die Zusammenschlüsse treffen sich durchschnittlich 2 mal im Monat und haben zum Teil Aufgaben und Rollen verteilt (z.B. SprecherIn). Weitere Treffen finden in Arbeitskreisen statt.

Die Planungen in den Städten erfolgt nach unterschiedlichen Schwerpunkten: In Bonn steht die Vorbereitung des nächsten Sommerfestes im Vordergrund und die Durchführung eines Polittalks, in Düsseldorf soll die Vielfalt-Debatte die Antidiskriminierungsdebatte auf kommunaler Ebene prägen und Essen plant die Neuauflage des Handlungsprogramms auch als Bestandsaufnahme zu aktuellen kommunaler Aktivitäten. Außerdem sind eine Gesundheitskampagne mit der AIDS-Hilfe und Aktivitäten für lesbisch-schwule Geschäftsleute angedacht.

Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgt unterschiedlich durch Projektgelder aus verschiedenen Töpfen: Kulturhaushalt und Arbeitskreis Vorbeugung, Gesundheits- und dem Sozialetat, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Landesmittel über das Schwule Netzwerk NRW und die LAG Lesben in NRW (Akzeptanzkampagne), Ökofonds, LVR, Hannchen Mehrzweck Stiftung und Einnahmen aus den Straßenfesten.

zum Beispiel Essen

Ein Gespräch mit dem Stadtdirektor von Essen, **Christian Hülsmann** (CDU), sowie **Wolfgang Guth** vom Forum Essener Lesben und Schwule (FELS).

„Es wäre der falsche Weg, jetzt zu sagen, das schwul-lesbische Thema ist jetzt nicht mehr nötig“



Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Essen und FELS ist inzwischen eine richtige Erfolgsstory. Wie kam es zu dieser positiven Entwicklung?

Christian Hülsmann (Stadtdirektor): Wir hatten hier auf beiden Seiten Leute, die an dem Thema interessiert waren, das ist auch durchaus als Kompliment für FELS gemeint. Bei einigen, die mit dem Thema vorher nicht vertraut waren, gab es die Sorge, man kommt hier mit großen Forderungen auf uns zu. Aber wir haben sehr moderat angefangen. Auch für mich war es Neuland, aber ich fand es von Anfang an spannend. Damals habe ich noch in der Position des Geschäftsführers der CDU-Ratsfraktion gearbeitet. In Ermangelung eines anderen Kandidaten habe ich mich als Vertreter der CDU für diesen Runden Tisch zur Verfügung gestellt.

War es denn gleich selbstverständlich, dass die CDU am Runden Tisch teilnehmen würde? **Hülsmann:** Es war das Interesse von FELS, dass alle drei Fraktionen, die damals im Stadtrat vertreten waren, also SPD, CDU und die Grünen, bei diesem Projekt mitmachen. Ich gebe zu, dass die Teilnahme bei uns in der CDU-Fraktion Ende der 1990er Jahre ein sehr kontroverses Thema war. Manche meinten, dass es wohl Wichtigeres zu tun gäbe. Aber das lag auch daran, dass viele sich über die besonderen Probleme von Lesben und Schwulen bisher gar keine Gedanken gemacht hatten. Als ich damals sagte, ich gehe dahin und vertrete die CDU, haben mich einige etwas

erschrocken angeguckt und andere haben mich mitleidig belächelt. Das hat sich inzwischen geändert, heute geht das ohne Probleme.

Wie verliefen die Anfänge des Runden Tisches? **Hülsmann:** Das waren sehr spannende Zeiten. Es war wichtig, von den Betroffenen zu hören, welche Alltagsprobleme es gibt, zum Beispiel Erfahrungen von täglicher Diskriminierung und Gewalt. Uns ist bewusst geworden, dass Schwule und Lesben überall unter uns sind. Als ich den damaligen Stadtdirektor fragte, ob er persönlich Schwule und Lesben in der Verwaltung kenne, fiel ihm niemand ein. Aber rein statistisch war das bei zehntausend Mitarbeitern in der Verwaltung ja unmöglich. Inzwischen ist das alles anders – die Zeiten haben sich geändert. Jetzt sprechen ja sogar hochrangige Politiker über ihr Schwulsein.

Mich hat beeindruckt, mit welcher Natürlichkeit und welchem Selbstverständnis die Vertreter von FELS ihre Anliegen vortrugen. Wir haben uns dann nach und nach zu einem Handlungsprogramm durchgerungen. Dieses Handlungsprogramm ist vom Rat einstimmig verabschiedet worden.

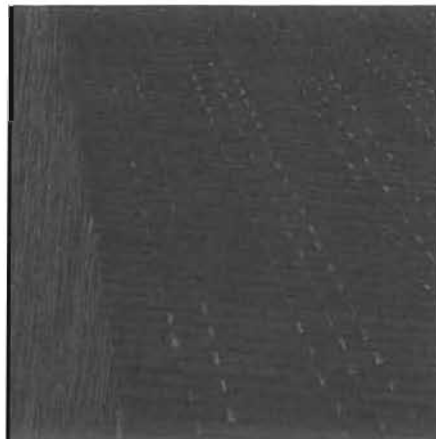
Was war der Grund, FELS zu gründen?

Wolfgang Guth (FELS): Ich war zu der Zeit im Arbeitskreis Lesben und Schwule in der ÖTV – jetzt Verdi – und ich bin durch Zufall da reingerutscht, weil ein Kollege, der dort zu dem Treffen der Schwulen- und Lesbenverbände hingehen sollte, an jenem Tag verhindert war. Also

Die Stadt Essen tat sich längere Zeit schwer mit ihren gleichgeschlechtlich orientierten Bürgerinnen und Bürgern. Noch 1988 kam eine offizielle Begrüßung zum Christopher Street Day von Seiten der Stadt nicht in Frage. 1995 stimmte der Rat über eine von SPD und Bündnisgrünen eingebrachte Resolution zur Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen ab. Die CDU blieb damals der Abstimmung fern.

Die Lesben und Schwulen organisierten sich im Forum Essener Lesben und Schwule (FELS), einem losen Zusammenschluss ohne formelle Vereinsstrukturen. 1996 lud die damalige Oberbürgermeisterin die Vertreterinnen und Vertreter von FELS zum Runden Tisch ein. Als Ergebnis der Gespräche wurden Arbeitskreise zu bestimmten Themen (Stadt als Arbeitgeberin, Kultur, Soziales, Gesundheit) eingerichtet. Einmal jährlich erhält der Rat der Stadt Essen ein Bericht über die Fortschritte in den Arbeitskreisen. Trotz mancher Anlaufschwierigkeiten entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen FELS und der Stadt Essen vorbildlich. Sie wurde auch unter dem neuen CDU-Oberbürgermeister, der 1999 sein Amt antrat, aktiv fortgesetzt.

wurde ich als Ersatzmann geschickt. Gemeinsam mit der AIDS-Hilfe, der Arbeiterwohlfahrt (AWO), der AG Minderheiten bei den Grünen, der PDS, und der damaligen Homosexuellen Initiative Essen (HIE), haben wir überlegt, was wir hier im Essen machen sollen und wollen. Zunächst hat sich ein Gremium zusammengetan. Erst im Laufe der Zeit entstand der Name ‚Forum Essener Lesben und Schwule‘ – FELS. Durch die Initiative von SPD und Grünen sind wir dann auch an die Stadt herangetreten, die anfangs ziemlich ablehnend auf unsere Anliegen reagierte.



Wie kamt ihr auf die Idee, die Stadt einzubeziehen? **Guth:** Wir haben uns überlegt, was wir neben den Aufgaben, die die einzelnen Verbände und Gruppen erfüllen, sonst noch machen könnten. Inwiefern kann Beratung koordiniert werden? Was für Kulturarbeit ist möglich? Und wie geht die Stadt mit ihren eigenen schwul-lesbischen Arbeitnehmern um? Zu der Zeit gab es zum Beispiel einen Mitarbeiter im Rathaus, der gern zum Jugendamt wechseln wollte. Und da hatte man dann Bedenken, weil er schwul war. Da haben wir gesagt, wir müssen uns an die Stadt wenden, mit Politik und Verwaltung sprechen, um solche Dinge grundsätzlich zu klären. Als wir dann mit Leuten aus der Verwaltung zusammen saßen, hieß es oft erst einmal: Wieso, wir haben hier doch überhaupt keine Probleme. Wieso sitzen wir eigentlich hier? Wir haben dann erst einmal aufgezählt, in welchen Themenfeldern der Stadt schwul-lesbische Belange eine Rolle spielten: Mobbing am

zum Beispiel Essen

Wir wollten eine ganz offene Struktur, um zu gewährleisten, dass jeder und jede mitmachen kann.

Guth

Arbeitsplatz, Gesundheit, Alter, Soziales, Jugend, Migration, Geschäftswelt und so weiter. Am Anfang waren diese Sitzungen ziemlich schwerfällig...

Wie hat die Stadt Essen auf eure Anregungen reagiert? **Guth:** Es wurde eine Konfliktberatungsstelle gegründet, an die sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt wenden können. Für alle Auszubildenden der Stadt gibt es Projekttagge, bei denen über Diskriminierung von Minderheiten gesprochen wird. In diesem Rahmen findet auch ein Gespräch mit Schwulen und Lesben statt sowie eine Begegnung in der Essener Synagoge. Damit sind natürlich noch längst nicht alle Probleme gelöst. Es gibt immer noch Bereiche, zum Beispiel die Entsorgungsbetriebe, wo die Mitarbeiter Angst haben, über ihr Schwul- oder Lesbischsein zu sprechen.

Was bringt der Kommune dieses Engagement? Was bringt es der Stadt Essen?

Hülsmann: Ich glaube, wenn eine Großstadt wie Essen sich weltoffen geben will – und das ist ja ein Ziel, das die Stadt sich gesetzt hat und das unser Oberbürgermeister auch in seiner Antrittsrede so formuliert hat, dann darf es keine Diskriminierung von Minderheiten geben. Eine Stadt tut gut daran, sich auch diesen Themen zu öffnen, die bestehenden Probleme anzuerkennen und etwas dafür zu tun, damit Diskriminierungen abgebaut werden. Ich glaube, wir sind mit unserem Handlungsprogramm ein gutes Stück weiter gekommen. Wir treten heute auch ganz öffentlich mit unserem

Stadtfest ‚Essen Original‘ auf. Ein Teil des Stadtfestes – ‚Ori-Gaynal‘ – hat ja auch mit Lesben- und Schwulenpolitik zu tun.

Wie sieht die Arbeit von FELS konkret aus? Könnt ihr ein Beispiel nennen?

Guth: Derzeit erarbeiten wir zusammen mit der Polizei eine Aktion, bei der es um Gewalt gegen Schwule geht. Parallel gibt es den Arbeitskreis Lesben und Schwule und Polizei. Wir werden mit denen einmal durch die Szenekneipen gehen, damit die sich ein Bild machen und sich mit den Schwulen unterhalten können. Für diese Aktion wird gerade ein Flyer ausgearbeitet, in dem die Leute aufgefordert werden, bei Straftaten zur Polizei zu gehen. Außerdem kümmert sich FELS um die Vorbereitung des Straßenfestes ‚Essen Original‘.

Welche Vor- und Nachteile hat die vereinslose Struktur von FELS?

Guth: Wir hatten uns ganz bewusst dafür entschieden, dass das Forum kein Verein sein soll. Wir wollten eine ganz offene Struktur, um zu gewährleisten, dass jeder und jede mitmachen kann. Jeder Verein, jede Geschäfts- und Privatperson, die Interesse hat.

Allerdings bringt so ein lockeres Forum auch Schwierigkeiten mit sich. Man darf zum Beispiel keine Spenden oder Fördermittel annehmen, das ist wirklich ein Problem. Bei den Geldern vom Schwulen Netzwerk NRW muss dann eine Privatperson dafür haften. Im Moment bin ich das. Damit wir auch Gelder erhalten können, gibt es mittlerweile auch einen Förderver-



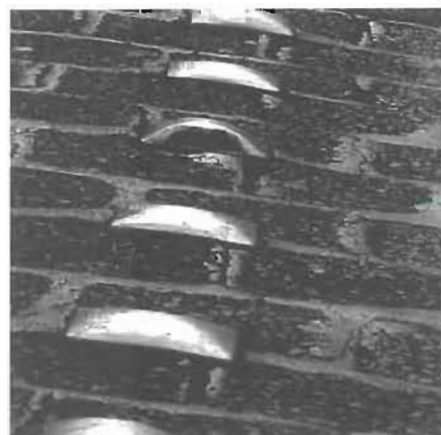
ein, der inzwischen eingetragen ist. Es ist aber gar noch so einfach, die Gemeinnützigkeit anerkannt zu bekommen.

Wie gestaltet sich der Umgang mit FELS aus städtischer Sicht? **Hülsmann:** Wir mussten erst lernen, mit der Struktur des Forums umzugehen. Wenn ich zum Beispiel mit Vertretern des Essener Sportbunds verhandele, dann gilt das für alle Essener Sportvereine. Das war bei FELS immer etwas Besonderes. Die mussten sich immer erst mal basisdemokratisch abstimmen. Von städtischer Seite hätten wir lieber etwas klarere Verhältnisse gehabt. Dann hätten wir hier am Tisch drei Vorstandsmitglieder von FELS sitzen und könnten sagen: So ist es – die Sache ist beschlossen. Wenn man basisdemokratisch und offen sein will, hat das den Nachteil, dass man sehr anfällig ist, wenn irgendwelche Leute versuchen, sich quer zu stellen. Aber wir wollen zur Struktur keine Empfehlungen abgeben. Wir haben diese Organisationsstruktur selbstverständlich akzeptiert.

Wie liefen die Abstimmungsprozesse zwischen FELS und der Stadt Essen?

Hülsmann: Die inhaltlichen Anstöße kamen in der Regel von FELS. Als Stadt kannten wir uns ja auch mit dem Thema nicht so aus. Wir haben dann geschaut: Können wir das machen? Was können wir umsetzen? **Guth:** Wir haben der Stadt gegenüber deutlich gemacht: Wir sind alle ehrenamtlich tätig und können nur einen gewissen Anteil selber leisten und ein paar Ressourcen zur Verfügung stellen,

Wir mussten erst lernen, mit der Struktur des Forums umzugehen.
Hülsmann



zum Beispiel Essen

„wir haben hier doch überhaupt keine Probleme. Wieso sitzen wir eigentlich hier?“

Aber wir haben uns mit keinem Thema so wenig befasst wie mit Schwulen und Lesben.
Hülsmann

zum Beispiel bei Infoveranstaltungen für die Auszubildenden und die Aufklärung an Schulen. Aber wir können keine großen Verwaltungstätigkeiten übernehmen und wir können kein Handlungsprogramm erstellen und schreiben. Das kann nur die Stadt leisten.

Das bisherige Handlungsprogramm ist von 1999 und hat sich bewährt. Gibt es demnächst eine Neuauflage? **Hülsmann:** Wir haben uns vor einiger Zeit getroffen, um zu sehen, wie wir dieses Handlungsprogramm weiterentwickeln können. Da geht es zum Beispiel um Dinge, die wir damals als Idee hatten, die sich aber nicht als Erfolg versprechend erwiesen haben. Natürlich gibt es auch Rückschläge auf der einen und anderen Seite, wenn es zum Beispiel personelle Wechsel gibt und dadurch jemand in einer Arbeitsgruppe fehlt. Das sind ganz alltägliche Probleme. Wir stehen einer Neuauflage des Handlungsprogramms ganz offen gegenüber, weil es Weiterentwicklungen in der Gesellschaft gibt, die wir aufgreifen sollten. Nur wäre es schade, wenn wir ein Handlungsprogramm hätten, das nachher im Schrank steht, weil es niemand liest. **Guth:** Wir möchten gerne zum 10-jährigen Bestehen des Forums Essener Lesben und Schwule im Jahr 2006 ein neues Handlungsprogramm haben. Das sollte mit den Ratsfraktionen als Runder Tisch vorbereitet werden. Wir könnten uns auch vorstellen, dass wir es gar nicht mehr Handlungsprogramm nennen, sondern es als Bestandsaufnahme gestalten, als Werbebroschüre für all das, was es in

Essen gibt und was schon erreicht worden ist. Gleichzeitig sollte aufgezeigt werden, in welchen Feldern verstärkter Handlungsbedarf herrscht. Ich denke zum Beispiel an die wieder steigenden Infektionsraten bei HIV, ein Thema also für die AIDS-Hilfe und die Gesundheitspolitik. Auch Migration und Homosexualität ist in Essen ein ganz großes Thema. Hier gibt es oft sehr große Spannungen in den Familien. In diesem Bereich gibt es bereits eine Reihe von vorbildlichen Initiativen und Veranstaltungen, die beispielsweise von der AIDS-Hilfe und der Gruppe Mashalla organisiert werden.

Brauchen wir eigentlich noch lesbisch-schwul orientierte Kommunalpolitik?

Hülsmann: Wir müssen uns vor allem kontinuierlich für Minderheiten in der Gesellschaft einsetzen. Manchmal kam der Vorwurf: Wir beschäftigen uns jetzt schon viel zu lange mit Schwulen und Lesben! Da habe ich gesagt: Stimmt nicht. Wir haben uns mit den Senioren, der Kinder- und Jugendpolitik befasst, wir haben alle Sportanlagen behindertengerecht hergerichtet. Das ist auch in Ordnung. Aber wir haben uns mit keinem Thema so wenig befasst wie mit Schwulen und Lesben. Der falsche Weg wäre jetzt, sich zurückzuziehen und zu sagen: Das Thema ist jetzt nicht mehr nötig. Dann bricht direkt wieder ein Stück ab, weil es ja auch um die Finanzmittel in der Politik geht. Ich fand es toll, dass junge CDU-Politiker in der letzten Periode mal Geld umgeschichtet haben im Jugendhaushalt für ein Schwulenprojekt. Das gab zwar Diskussionen in der Fraktion, ist aber mit

breitester Mehrheit gegen wenige Stimmen so beschlossen worden, weil auch der Fraktionsvorsitzende gesagt hat, das ist wichtig für uns. Das ist ein Prozess, der dauerhaft begleitet werden muss.

Was geben Sie jungen Leuten, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten, mit auf den Weg? **Hülsmann:** Ganz allgemein: Neugierig zu sein auf Menschen, auf bestimmte Gruppen, sich mit den Themen der Menschen und ihren Problemen auseinanderzusetzen und offen auf diese zuzugehen. Zum überwiegenden Teil sehe ich da heute bei der jüngeren Generation keinerlei Probleme.

Wie beurteilt FELS seine politische Zukunft?

Guth: Wir sind froh, dass wir hier in Essen einige Dinge angestoßen haben, die recht gut laufen. Dabei müssen wir mit ganz wenig oder fast gar keinem Geld auskommen. Außerdem ist es nicht leicht,

Nachwuchs zu finden. Wir suchen immer Ehrenamtliche und vor allem auch Ehrenamtlerinnen aus Vereinen oder vereinsunabhängige Leute, die einfach mitmachen und etwas bewegen wollen möchten. Um etwas zu bewegen, braucht man vor allem engagierte Leute und nicht unbedingt riesige Geldsummen.



Institutionalisierte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

In Münster und Wuppertal gibt es Formen von institutionalisierter Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Initiativen.

🕒 Koordinierungskreis Münster

🕒 Runder Tisch Wuppertal





Merkmale

Die Koordination der kommunalen Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule liegt in Münster und Wuppertal bei der Stadt im Rahmen von städtischen Planstellen, die per Ratsbeschluss eingesetzt wurden. Wichtige Themengebiete sind die Arbeitswelt (Stadt als Arbeitgeber) und die Antidiskriminierungsarbeit bei der Stadt und anderen Verwaltungsträgern. An den 2 bis 3mal jährlich stattfindenden Treffen nehmen schwul-lesbische VereinsvertreterInnen, VertreterInnen der Verwaltung, aller im Rat vertretenen Parteien, den Stadtwerken, der Polizei, der Bezirksregierung und/oder der Oberfinanzdirektion teil. Jeweils sind die TeilnehmerInnen Delegierte, die Zusammensetzung ist per Ratsbeschluss festgelegt. Durch die städtische Koordination wird die Arbeit gut dokumentiert. Projekte werden überprüft, Erfolge dokumentiert und an den Rat wird regelmäßig Bericht erstattet.

Neben dem Runden Tisch besteht bzw. bestand ein Netzwerk der schwul-lesbischen Gruppen in Wuppertal, der Runde Tisch wurde durch dieses lesbisch-schwule Forum initiiert. In Münster gibt es neben dem Koordinierungskreis auch ein kommunales schwul-lesbisches Netzwerk. Die AIDS-Hilfe spielte bei der Entstehung der Arbeit jeweils eine wichtige bis entscheidende Rolle.

Städtische Themen stehen im Vordergrund, verschiedene Verwaltungseinheiten der Stadt werden einbezogen. Die Quervernetzung innerhalb der Verwaltung (Sport, Kultur, Soziales (federführend), Schule, Jugend und städtische Betriebe (Stadtwerke, Polizei) funktioniert.

Durch die Institutionalisierung ist das Thema bei Politik und Verwaltung fest verankert. Die Kontaktpflege ist wenig aufwändig. Politische Wechsel hatten wenig bis kaum Einfluss auf die Arbeit der Runden Tische.

Die Effektivität der Runden Tisches ist sehr abhängig vom aktiven Interesse und dem Engagement aus der lesbisch-schwulen Community. Eine kontinuierliche und dauerhafte (Öffentlichkeits-)Arbeit ist mühsam, es bedarf immer neuer Impulse. So plant der Koordinierungskreis Münster z.B. eine Präsentation des Themas auf allen Veröffentlichungen der Arbeitsstelle Antidiskriminierung (www.muenster.de/stadt/antidisk) und eine Reflexion des bisher Erreichten.

Es wurden von Anfang an jeweils Mittel für die Arbeit des Runden Tisches durch die Kommune zur Verfügung gestellt. Für die Aktivitäten der schwulen und lesbischen Community stehen vielfältige Fördertöpfe offen (Selbsthilfe, Kultur, Sachkostenförderung). Die Stadt Wuppertal hält sich allerdings derzeit mit ihrem Engagement zurück.

zum Beispiel Münster

Ein Gespräch mit **Richard-Michael Halberstadt**, CDU. Halberstadt ist Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie im Gleichstellungsausschuss der Stadt Münster. Außerdem ist er Mitglied des Koordinierungskreises der Stadt für die Lesben- und Schwulenarbeit. Kürzlich wurde er in den Vorstand des Münsteraner Schwulenzentrums KCM gewählt.

„Die Voraussetzung für das Münsteraner Modell ist ein Konsens zwischen den Parteien“



Welchen Stellenwert hat Deiner Meinung nach kommunale Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule? **Richard Halberstadt (KCM):**

Für mich persönlich hat Minderheitenpolitik – nicht nur für Schwule und Lesben, sondern auch für ausländische Mitbürger und soziale Randgruppen – einen sehr hohen Stellenwert. In den Ausschüssen können viele Probleme angesprochen und vor Ort gelöst werden.

Wie kam es zu Deinem Entschluss, für den Vorstand des KCM zu kandidieren? Als Mitglied des Koordinierungskreises für die Lesben- und Schwulenarbeit, des Sozial-/Gesundheits- und des Gleichstellungsausschusses der Stadt Münster sowie als KCM-Mitglied und des ehemaligen Beirates wurde ich von anderen KCM-Mitgliedern gefragt, ob ich mich nicht etwas mehr engagieren und für den Vorstand kandidieren wolle. Gerade weil ich in diesen Ausschüssen sitze, ist es für mich etwas einfacher, etwas für die Schwulen und Lesben zu bewegen. Deshalb habe ich ja gesagt.

Wie reagieren Deine Partei- und Ratskollegen auf Dein Engagement in der schwul-lesbischen Szene? Es ist ja kein Geheimnis, dass ich schwul bin. Ich bin ja auch Mitglied in der LSU (Lesben und Schwule in der Union). Die CDU Münster ist offen und tolerant in diesem Punkt, und ich genieße ein gewisses Ansehen innerhalb der Parteigremien. Meine Parteikollegen begrüßen es, dass ich mich sozial und gesellschaft-

lich engagiere, auch über Parteigrenzen hinweg.

Durch die Trennung des Lesben- und des Schwulenbereiches des KCM haben sich schwule und lesbische Arbeit organisatorisch getrennt.

Welchen Stellenwert hat die schwul-lesbische Zusammenarbeit und wie koordiniert Ihr diese auf kommunaler Ebene?

Zwischen den Schwulen und Lesben gab es immer schon gewisse Spannungen und Probleme, was dazu führte, dass die Bereiche und damit auch die Haushaltsposten bei der Stadt getrennt wurden. Trotzdem leisten beide Seiten wirklich gute Arbeit, und beide sitzen zweimal im Jahr im Koordinierungskreis mit den Vertretern aller Parteien zusammen an einem Tisch. Die Zusammenarbeit funktioniert so besser als vorher, da alle Fragen offen angesprochen werden.

Das „Münsteraner Modell“ unter der Koordination der Stadt ist etwas ganz Besonderes. Welche Stärken und Schwächen hat es?

Anfang 1996 hat der Rat der Stadt Münster mit einer Vorlage die Weichen für die Schwulen- und Lesbenpolitik gestellt. Es gibt eine Antidiskriminierungsstelle, an die sich alle Angestellten der Verwaltung, aber auch alle anderen Bürger mit Problemen wenden können. Natürlich wird alles absolut vertraulich behandelt. Zusätzlich gibt es einen Koordinierungskreis, der mit der Antidiskriminierungsstelle eng zusammenarbeitet. Diesem Koordinierungskreis gehören Vertreter des Rates und der Verwaltung an, und er wird über Probleme aller Art

informiert. Dadurch hat der Koordinierungskreis die Möglichkeit, über alle Parteigrenzen hinweg nach Lösungen zu suchen. Außerdem werden Veranstaltungen und Aktionen, wie zum Beispiel das Hissen der Regenbogenflagge zum CSD am Stadthaus, die schwul-lesbischen Wochen im Cinema, oder das Standfest, gefördert. Schwächen sehe ich Moment keine; allerdings wünsche ich mir eine noch engere Zusammenarbeit, die auch die schwule Gastronomie und andere Betriebe mit einbezieht. Die Zusammenarbeit mit dem Schwulenreferat der Universität müssen wir ebenfalls noch verbessern.

Ist das „Münsteraner Modell“ auch für andere Kommunen geeignet? Münster ist natürlich einzigartig und sehr lebendig. Das hängt auch mit der großen Zahl an Studenten zusammen. Ich denke schon, dass das Münsteraner Modell auch auf andere Städte übertragbar ist. Eine Voraussetzung ist allerdings, dass zwischen den Parteien ein Konsens hergestellt werden kann. Durch das Gleichstellungsgesetz haben die Städte jetzt mehr Möglichkeiten und Pflichten dem Bürger gegenüber.

Welche Vorteile bietet Deine Aktivität in den verschiedenen Gremien für die kommunale Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in Münster? Durch meine Zugehörigkeit in vielen Ausschüssen, die das Soziale und Minderheiten betreffen, habe ich natürlich den Zugang zu Informationen und habe die Möglichkeit, direkt in den Gremien Probleme anzusprechen. Viele Vorgänge

können dadurch beschleunigt werden, weil wir sie auf diese Weise etwas unbürokratischer als sonst bearbeiten können.

Eure Arbeit basiert auf einem Ratsbeschluss der Stadt Münster. Welche Auswirkungen hat dies? Auf Grund des Ratsbeschlusses vom 26.02.1997 stehen alle Parteien hinter uns und unterstützen uns bei unserer Arbeit. Damit werden wir von Seiten der Stadt offiziell anerkannt und nicht diskriminiert. Gleichzeitig gibt es bei der Stadt Münster eine eigene Haushaltsstelle für uns. Mit diesen Mitteln leisten wir vielfältige Aufgaben, wie zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Aufklärung.

Das KCM wurde 1985 als Kommunikationszentrum Münsterland e. V. gegründet. Es versteht sich als Begegnungsstätte, Beratungszentrum, Selbsthilfeeinrichtung und Weiterbildungsinstitut und zieht jährlich mehrere tausend Besucher an.

Das Einzugsgebiet des Zentrums reicht über den Großraum Münster hinaus bis ins Ruhrgebiet und in die benachbarten Niederlande. Das KCM ist als gemeinnützig anerkannter Verein organisiert. Der Verein hat über 400 Mitglieder und einen sechsköpfigen Vorstand.

Die Stadt Münster verfolgt seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine koordinierte Schwulen- und Lesbenpolitik. Die Stadt hat eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet, an die sich Angestellte der Verwaltung und alle anderen Bürger mit ihren Anliegen wenden können. Mehr im Internet unter www.muenster.de/stadt/antidisk



Einfluss nehmen, aber wie?

Wer sich als Einzelperson oder als Mitglied einer Gruppe für die Belange von Lesben und Schwulen in der eigenen Stadt einsetzen möchte, braucht Informationen über die örtliche Verwaltung sowie über die Organisation von Parteien und Fraktionen in den Kommunen. Ein kleiner Leitfaden durch das Dickicht kommunaler Strukturen und Fachbegriffe.



Es gibt ganz verschiedene Möglichkeiten, Einfluss auf die kommunale Politik zu nehmen. Als erwachsene Bürgerinnen und Bürger können wir wählen (aktives Wahlrecht) und uns wählen lassen (passives Wahlrecht). In NRW sind neben deutschen Staatsbürgern auch EU-Staatsangehörige wahlberechtigt.

Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht liegt bei Kommunalwahlen in NRW bei 16 Jahren. Für das passive Wahlrecht liegt es bei 18 Jahren.

Direkt Einfluss nehmen...

Wenn wir Einfluss nehmen möchten, können wir unsere Anliegen aber auch direkt „an die Politik“ bringen, z. B. über den Weg des Lobbyismus. Als Mitglied einer Interessensgemeinschaft oder als Bürger/in können wir Kommunalpolitiker schriftlich oder persönlich ansprechen, um sie für unsere Anliegen zu gewinnen.

Seit der Reform der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1994 gibt es noch weitere Möglichkeiten der Einflussnahme, den **Einwohnerantrag** und das **Bürgerbegehren** bzw. den **Bürgerentscheid**. Diese arbeitsaufwendigen Formen direkter Bürgerbeteiligung lohnen sich allerdings nur bei größeren Anliegen, z. B., wenn es um den Bau einer Schule, den Standort einer Müllverbrennungsanlage geht, um Verkehrsberuhigung, die drohende Schließung eines Schwimmbades, usw.

Die kommunale Verwaltung: Wer macht was?

Wenn wir vor Ort in der eigenen Gemeinde für eine Gruppe, einen Verein oder als Einzelperson etwas für Lesben und Schwule erreichen möchten, müssen wir zunächst in Erfahrung bringen, welche Stellen in der Verwaltung für die Belange unserer Gruppe zuständig sind. Das kann von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich sein. Mal gibt es eine zentrale Anlaufstelle, mal verteilen sich die Zuständigkeiten je nach Ressort (Gesundheit, Jugend, Senioren) auf unterschiedliche Personen und Ämter.

Diese Unterschiede erklären sich dadurch, dass die Gemeinden sich bei der Wahrnehmung ihrer eigenen Aufgaben selbst organisieren können, denn laut Grundgesetz gilt das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Die Gemeinden müssen hierbei allerdings bestimmte Regeln beachten. Wie die jeweilige Verwaltung aufgebaut ist, wie viele und welche Ämter es geben soll, bestimmt jede Gemeinde weitestgehend selbst

**Wir können unsere
Anliegen aber auch
direkt „an die Politik“
bringen ...**

Stichwort Einwohnerantrag

Ein Einwohnerantrag wird an den Rat der Gemeinde gerichtet, der dann verpflichtet ist, sich mit dem Thema zu befassen und darüber zu entscheiden. Die Mindestanzahl der Unterzeichnenden (das Quorum) ist hier niedriger als bei einem Bürgerbegehren. Eine Beschlusswirkung geht vom Einwohnerantrag nicht aus. Die Politik hat die alleinige Entscheidungskompetenz.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Ein Bürgerbegehren ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Es muss schriftlich eingereicht und begründet werden. Falls Kosten entstehen, sind zusätzlich Angaben zur Kostendeckung obligatorisch. Eine Mindestanzahl von Bürgerinnen und Bürgern muss den Antrag unterzeichnen. Die genaue Zahl hängt von der Größe der Gemeinde ab. Wird das Bürgerbegehren zugelassen, kann der Rat entweder eine Entscheidung im Sinne des Bürgerbegehrens treffen oder er kann sich mit den Bevollmächtigten des Bürgerbegehrens verständigen. In beiden Fällen wird ein Bürgerentscheid überflüssig. Der Rat kann aber auch die Bürger abstimmen lassen. Dann kommt es zum Bürgerentscheid. Dieser ist gültig, wenn die Wahlbeteiligung über 20% liegt. Es gilt die einfache Mehrheit. Ein Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Ratsbeschlusses und ist somit ein Mittel der direkten Demokratie.

Mehr im Internet unter www.im.nrw.de/bue/118.htm

Stichwort Kommunale Aufgaben

Bei den kommunalen Aufgaben unterscheidet man zwischen drei Arten:

1.) Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben

Zu diesen Aufgaben ist die Gemeinde nicht verpflichtet. Sie entscheidet eigenständig, ob und wie sie diese Aufgaben erfüllt. Beispiele sind Sportanlagen, kulturelle Einrichtungen und kommunale Wirtschaftsförderung. Die Finanzierung von lesbisch-schwulen Projekten fällt meistens in diesen Bereich. Darauf kommen wir später zurück.

2.) Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben

Zu diesen Aufgaben ist die Gemeinde gesetzlich verpflichtet. Sie entscheidet aber eigenständig, wie sie dieser Verpflichtung nachkommt. Beispiele sind Bauentwicklung, Schulentwicklung, Abwasserbeseitigung und Feuerschutz.

3.) Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung

Diese Aufgaben unterliegen einer staatlichen Sonderaufsicht. Sowohl die Aufgaben als auch die Art und Weise ihrer Ausführung sind festgelegt. Die Gemeinde kann nicht eigenständig entscheiden. Beispiele sind Bauaufsicht, Meldewesen und Sozialhilfe.

Einfluss nehmen, aber wie?

Der **Bürgermeister** oder Oberbürgermeister ist in NRW der Chef der gesamten Verwaltung. Er ist außerdem Vorsitzender des Rates. Als Vorsitzender des Rates beruft der Bürgermeister den Rat ein und legt die Tagesordnung fest. Während der Ratssitzungen hat er die Sitzungsleitung und achtet darauf, dass die Sitzungen ordnungsgemäß durchgeführt werden. **Der Rat der Gemeinde** wählt außerdem die **Beigeordneten** oder **Dezernenten**, die diese Ämter politisch leiten. Die Beigeordneten sind sozusagen die „Minister“ des Bürgermeisters. Die Wahl der Beigeordneten erfolgt in der Regel nach Parteienproporz.

In welchen Bereichen gibt es überhaupt Fördergelder?

Die Vergabe von Fördergeldern einer Gemeinde ist abhängig von den zuständigen Ressorts. In der Regel gibt es Finanzmittel für die Jugendförderung, für Sport und Gesundheitsförderung und den Sozialbereich (Senioren, Behinderte, Migrant/innen). Entsprechend der Ressortaufteilung werden die Mittel über unterschiedliche Ämter oder Dezernate verteilt, z. B. eine Förderung für Initiativen zur HIV-Prävention über ein Dezernat für Gesundheit oder eine Förderung für schwul-lesbische Seniorenarbeit über ein Dezernat für Soziales. Einige Städte haben auch einen zentralen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin für lesbisch-schwule Initiativen, die die Förderanfragen weiterleiten oder koordinieren. In den größeren Städten gibt es zusätzlich „bezirksorientierte Mittel“. Hierbei handelt es sich meist um kleinere Geldbeträge, die den **Bezirksvertretungen** zur Verfügung stehen und von ihnen autonom verteilt werden. Sie gehen an Initiativen und Projekte, die für die Entwicklung des Bezirks von Bedeutung sind, z. B. Geld für einen neuen Kopierer im Büro einer Stadtteilinitiative.

Freiwillige kommunale Aufgaben

Bei den für lesbische und schwule Initiativen relevanten Ausgaben einer Gemeinde handelt es sich in der Regel um freiwillige Leistungen. Die Kommunen und Städte sind also nicht gesetzlich verpflichtet, diese Ausgaben zu tätigen. Die Politik kann aber entscheiden, zur Förderung der Sozialarbeit oder der Gesundheitsvorsorge in ihrer Gemeinde bestimmte Gelder zu Verfügung zu stellen. Das ist in Zeiten knapper öffentlicher Kassen kein unwichtiger Faktor. Denn in vielen NRW-Gemeinden ist der Haushalt nicht ausgeglichen, d.h. die Ausgaben sind größer als die Einnahmen. In solchen Fällen tritt die Bezirksregierung als vom Land eingesetzte Aufsichtsbehörde auf den Plan, um den Haushaltsentwurf zu genehmigen. Eine Kommune muss dann gut begründen, warum trotz aller Sparzwänge freiwillig mehr Geld ausgegeben werden soll.

Die Kommunen und Städte
sind also nicht gesetzlich
verpflichtet, diese Ausgaben
zu tätigen.



Stichwort Bezirksvertretung

Eine Bezirksvertretung ist ein politisches Gremium, das einen Stadtbezirk verwaltet. Die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen verpflichtet alle kreisfreie Städte dazu, ihr Gebiet in Stadtbezirke einzuteilen. Stadtbezirke sind kleinere Verwaltungseinheiten mit eigenen Bezirksämtern. Die politischen Repräsentanten für die Bezirksvertretungen werden direkt gewählt und vertreten die Interessen ihres Bezirks gegenüber dem Stadtrat. Sie treffen Entscheidungen für ihren Bezirk, die in ihrer Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgehen. Dabei geht es z. B. um die Unterhaltung und Ausstattung von Schulen, Kindertagesstätten, Sportstätten, Friedhöfen usw.

Tipp

Informationen über den Verwaltungsaufbau unserer Gemeinde können wir am einfachsten über die jeweilige Internetseite einholen. Dort sind in der Regel alle Gremien der Stadt sowie die Ämter aufgeführt. Auch Kontaktadressen und Öffnungszeiten sind angegeben. Darüber hinaus können wir uns nach der zuständigen Stelle telefonisch erkundigen. Die meisten Gemeindeverwaltungen verstehen sich zunehmend als Dienstleistungsbetriebe und sind bemüht, durch Einrichtung von Callcentern und Bürgerbüros den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Service zu bieten.

Einfluss nehmen, aber wie?

Wer ist eigentlich „die Politik“?

Nicht nur wenn Wahlen anstehen, sind die politischen Parteien und ihre Positionen zur Lesben- und Schwulenpolitik von Interesse. Auch und vor allem während der Legislaturperiode ist es sinnvoll, auf die Äußerungen von Politikern und Politikerinnen genau zu achten. Stimmungen, Meinungen und Prioritäten sind beeinflussbar und ändern sich, sei es durch äußere Faktoren oder durch interne Debatten. Es ist also wichtig, mit der Politik im Dialog zu bleiben, Meinungsbildungsprozesse mitzuverfolgen und mitzugestalten. Wir können als Gruppe oder Einzelperson von außen an eine Partei herantreten, an Diskussionsveranstaltungen zu schwul-lesbischen Themen teilnehmen oder uns selbst innerhalb einer Partei engagieren. Die Politik, das sind im kommunalen Bereich viele ehrenamtlich tätige Menschen, und das sind vor allem wir selbst.

Im Dialog mit Parteien und Fraktionen

Mittlerweile verfügen alle größeren Parteien über spezielle Unterorganisationen oder Arbeitskreise, die sich mit Lesben- und Schwulenpolitik befassen. Diese Gremien sind meistens auf Bundes- und Landesebene oder zumindest regional vertreten. In vielen Städten Nordrhein-Westfalens finden regelmäßige Treffen dieser Organisationen statt. Orts- oder Regionalgruppen sind allerdings nicht gleichmäßig im Land verteilt, und die Organisationsform ist häufig recht lose. Wenn sich in der eigenen Stadt kein Arbeitskreis trifft, bedeutet dies nicht unbedingt, dass kein Ansprechpartner in der Nähe ist. Falls die Suche nach einer Kontaktperson im Internet nicht zum Erfolg führt, wenden wir uns am besten an eine Geschäftsstelle der betreffenden Partei.

Was ist eigentlich eine Fraktion?

In Nordrhein-Westfalen dominieren in den Räten vier Parteien: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD (in alphabetischer Reihenfolge). Häufig sind auch Vertreter/innen der Linken/PDS vertreten.

Die Vertreterinnen und Vertreter einer Partei, die im Rat über eine Mindestanzahl von Sitzen verfügt, bilden eine Fraktion. Jede Fraktion erhält entsprechend ihrer Größe eine bestimmte Anzahl von Sitzen in den Ausschüssen des Rates. Hier werden die Themen und Beschlüsse für die Ratssitzungen vorbereitet. Da es in den NRW-Kommunen keine speziellen Ausschüsse für Lesben- und Schwulenpolitik gibt, werden unsere Belange in verschiedenen Ausschüssen besprochen.

Stimmungen, Meinungen und Prioritäten sind beeinflussbar und ändern sich.

Offenheit, um voneinander zu lernen

Die Ratsmitglieder einer Fraktion verteilen ihre Aufgaben so untereinander, dass möglichst alle Themenbereiche der Kommunalpolitik abgedeckt sind. In manchen Städten wie Köln hat sogar jede Fraktion ein Ratsmitglied bestimmt, das den Kontakt mit den Lesben- und Schwulengruppen pflegt und deren Veranstaltungen besucht. Es gilt also herauszufinden, wer bei uns vor Ort im Stadtrat und in der jeweiligen Fraktion für Lesben und Schwule zuständig ist bzw. werden könnte. Bei unseren Gesprächen sollten wir daran denken, dass Mitglieder von Stadträten meist keine Berufspolitiker sind. Sie müssen sich mit zahlreichen Themen auseinandersetzen, und der lesbisch-schwule Bereich ist für sie nur ein Themenkomplex unter vielen anderen. Beide Seiten können voneinander lernen und profitieren, wenn wir uns mit Offenheit begegnen und wir in einen fairen Dialog eintreten.



Lesben und Schwule in den Parteien

Bündnis 90/Die Grünen:

*Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften BAG Lesbenpolitik,
BAG Schwulenpolitik sowie LAG Schwulen- und Lesbenpolitik in NRW:
www.gruene-nrw.de/LAG_Schwulen-_und_Le.4818.0.html*

*CDU und CSU: Lesben und Schwule in der Union (LSU)
Regionalverband West und örtliche Gruppen in NRW:
www.lsu-online.de*

*FDP: Keine bundesweite Dachorganisation der Schwulen und Lesben, jedoch regionale Arbeitskreise. In NRW Arbeitskreis GayLi, Kontakt: Björn Dietzel
dietzel@fdp-koeln.de.*

*SPD: Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos)
Landesarbeitskreis NRW und örtliche Arbeitskreise:
www.schwusos.de*

*Die Linke/PDS: Bundesarbeitsgemeinschaft queer der PDS
BAG queer und Landesarbeitsgemeinschaften:
www.pds-queer.de*

Wie finanzieren wir unser Projekt?



Zunächst sollten wir uns als Gruppe darüber im Klaren sein, was wir konkret planen und wie die Pläne umgesetzt werden können. Wer dies deutlich zu formulieren weiß, wird eher Geld bekommen, als diejenigen, die ohne klares Finanzierungskonzept loslaufen. Es hilft dem Projekt, wenn wir unsere Ideen und Ziele in einem Übersichtsplan schriftlich festhalten.

„Die Küche“: Welche Rechtsform soll die Gruppe haben?

Je nach Ziel und Perspektive der Gruppe sollten wir uns Gedanken über unsere Rechtsform machen. Dies ist besonders bei langfristigen Projekten und höheren Haftungsrisiken wichtig. Eine Rechtsform regelt einerseits das Verhältnis der Gruppe nach außen (z. B. Haftung für Schulden) und andererseits das Innenverhältnis (z. B. interne Aufgabenverteilung). Von Gruppen, die mit öffentlichen Geldern gefördert werden wollen, wird fast immer eine gemeinnützige Rechtsform verlangt. Das kann z. B. ein eingetragener Verein sein (e.V.), eine Genossenschaft oder eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Der Aufwand für die Gründung eines Vereins oder einer Genossenschaft ist mitunter recht erheblich. Deshalb ist es sinnvoll, sich beraten zu lassen, z. B. von einem Notar. Wenn die Gruppe keine Rechtsform bestimmt, wird sie automatisch zur GbR. Das bietet sich als flexible Rechtsform immer dann an, wenn das geplante Projekt eine einmalige Angelegenheit ist, keine großen Schulden entstehen können und wenn der Kreis der Involvierten übersichtlich ist. Eine GbR kann allerdings nicht gemeinnützig betrieben werden, so dass die Vorteile aus dem Steuerrecht entfallen.

Unabhängig von der Rechtsform empfiehlt es sich, schriftlich fixierte Regeln für die Zusammenarbeit zu entwerfen: Wer darf was entscheiden? Welchen Entscheidungsmodus haben wir: Konsens, einfache Mehrheit, Dreiviertelmehrheit oder etwas ganz anderes? Wer ist für welches Arbeitsgebiet zuständig? Wer muss wann wen informieren oder fragen? Welche Arbeiten werden bezahlt, welche nicht? Werden diese Punkte nicht frühzeitig geklärt, sind spätere Konflikte meist vorprogrammiert.

Wenn wir als lesbische und schwule Initiative etwas bewegen möchten, brauchen wir nicht nur gute Ideen und Ausdauer, sondern auch Geld. Schnell stellt sich die Frage nach der Finanzierung unserer meist ehrenamtlichen Initiativen. Hier einige „Rezeptvorschläge“ zur Projektfinanzierung, gesammelt von Gabriele Bischoff und Birgitt Torbrügge

„Die Einkaufsliste“: Wie planen und präsentieren wir unsere Idee?

Nun ist die Gruppe bestens gerüstet, sich mit einzelnen Planungsfragen zu beschäftigen:

- Was genau wollen wir unternehmen oder veranstalten?
- Wann soll es stattfinden, anfangen, enden...?
- Was soll damit gefördert und erreicht werden?
- Wie viele Beteiligte gibt es und wer soll kommen...?
- Was brauchen wir dafür an Personal, Räumen, Material, und anderen Ressourcen?
- Was fehlt jetzt noch?

Die Antwort auf die letzte Frage lautet meistens: „Geld!“ Wir sollten uns einen Überblick verschaffen, welche Kosten entstehen und wie sich diese auf einzelne Projektbereiche verteilen. Wenn wir entscheiden, dass wir einen Zuschuss von einer Privatperson, einem Unternehmen oder vom Staat haben wollen, dann brauchen wir spätestens jetzt eine schriftliche Planung, die wir vorlegen können.

„Wochenmarkt und Supermarkt“: Welche Finanzquellen und Förderungen gibt es?

Zumindest theoretisch kommen für lesbische und schwule Projekte und Initiativen viele verschiedene Finanzquellen in Frage. Aber es ist harte Arbeit, den Inhalt der möglichen Fördertöpfe tatsächlich auf den eigenen Teller zu bekommen. Die Kunst besteht darin, sich beharrlich und gut strukturiert auf die Suche zu machen. Das erfordert viel Zeitaufwand, unzählige Kontakte und eine hohe Motivation.

Wie finanzieren wir unser Projekt?

Welche Finanzquellen und Förderungen gibt es?

🕒 Öffentliche Fördermittel

Wer öffentliche Mittel beantragen will, muss dies möglichst frühzeitig tun, da die Verwaltungen oft den Haushalt im Vorjahr beraten, manchmal auch schon beschließen. Hilfreich sind Kenntnisse über die Funktionsweise von Verwaltung, Zuwendungsrecht und Finanzierungsarten. Da die jeweiligen Geldgeber häufig Förderrichtlinien haben, an denen sich die Mittelvergabe orientiert, sind im Vorfeld einige Recherchen nötig.

Kommunen, Kreise, Bezirksregierung, Landschaftsverbände, Land, Bund und EU haben ihre Finanztöpfe jeweils nach Ressorts organisiert (Ministerien, Fachabteilungen usw.). Manchmal ist es möglich, im Internet die Telefonnummern und Adressen der zuständigen Personen nachzuschauen, zum Beispiel über ein Organigramm. Die Angaben stehen aber auch in den amtlichen Nachrichtenblättern. Wer herausgefunden hat, welche Abteilung sich für das geplante Projekt zuständig fühlt, hat schon viel gewonnen!

🗳️ Politik und Parteien

Letztlich entscheidet die Politik und nicht die Verwaltung über die Vergabe von Mitteln. Die Parteien haben jeweils zuständige Personen für gewisse Schwerpunktthemen. Auf der Homepage des Landtages NRW (www.landtag.nrw.de) sind die Ausschüsse des Landtages und die jeweils teilnehmenden Abgeordneten aufgelistet. Dieses Ausschusswesen gibt es ebenfalls auf Kreistags- und kommunaler Ebene.

Geplante Projekte lassen sich in der Politik eher durchsetzen, wenn gleichzeitig ein öffentliches Interesse am Thema entsteht. Ein Bericht über die Absichten des Vereins oder ein Interview zum Projektthema in der Zeitung kann hier sehr hilfreich sein.

Möglicherweise gibt es auch von einer Partei einen finanziellen Zuschuss oder Unterstützung praktischer Art: einen Beamer zum Ausleihen, einen Raum oder einen Postverteiler, der mitgenutzt werden kann. Vielleicht stellt sich auch ein Mandatsträger als Schirmherr für unsere Aktion zur Verfügung...

🗳️ Parteinahе Stiftungen

Parteinahе Stiftungen vergeben vorwiegend Mittel für Bildung, Information und Aufklärung. Hier können vor allem Tagungen, Kongresse, Dokumentationen und Seminare unterstützt werden. Ein Blick auf die Webseiten einer Stiftung hilft uns bei der Einschätzung, ob eine schwule oder lesbische Maßnahme in den jeweiligen Förderkanon passt.

CDU: Konrad-Adenauer-Stiftung www.kas.de

CSU: Hans-Seidel-Stiftung www.hss.de

SPD: Friedrich-Ebert-Stiftung www.fes.de

Grüne: Heinrich-Böll-Stiftung www.boell.de

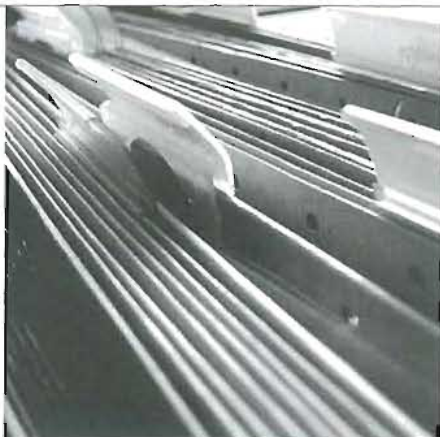
FDP: Friedrich-Naumann-Stiftung www.fnst.de

Linkspartei.PDS: Rosa-Luxemburg-Stiftung www.rosalux.de

Die Stiftungen der Grünen und der PDS sind zusätzlich auf Landesebene organisiert:

www.boell-nrw.de

www.rls-nrw.de.



Tipp

Bevor wir uns an eine Stiftung wenden, sollten wir uns vorher genau über die Stiftungszwecke und die Bedingungen für eine Förderung informieren. Passen die genannten Förderziele zu unserer Projektidee? Es ist wesentlich aussichtsreicher, wenige gut vorbereitete Briefe an ausgewählte Stiftungen zu schicken als unspezifische Massenbettelbriefe. Diese landen nämlich meist im Papierkorb. Auch im Umgang mit Stiftungen zählt der persönliche Kontakt, der individuell formulierte Brief, die telefonische Anfrage für Termine oder weitere Informationen. Da die meisten Stiftungsräte eher selten tagen, sollten wir damit rechnen, dass von der Antragstellung bis zur Entscheidung mehrere Monate Zeit vergehen.

⌚ Bußgelder

Gemeinnützige Organisationen können sich bei Staatsanwälten, Richtern und Anwälten bekannt machen, um diese dazu zu bewegen, Geldstrafen zu ihren Gunsten zu bewirken. Besonders interessante Beträge gibt es hier im Wirtschafts- und Umweltstrafrecht. Wir können uns auch beim Land- und Oberlandesgericht in die Bußgeldliste eintragen lassen. Die Entscheidung über die Verteilung der Bußgelder wird jeweils von den Richtern getroffen.

⌚ Stiftungen

Es gibt unzählige Stiftungen, die fördernd tätig sind. Die Mehrzahl der Stiftungen verfolgen relativ allgemein formulierte Ziele wie Völkerverständigung, Gesundheitsvorsorge, Förderung von Jugend, Kultur, Wissenschaft oder Sport. Das sind Ziele, die durchaus mit unserer Initiative vereinbar sein können. Eine spezifische Ausrichtung auf schwule oder lesbische Aktivitäten haben allerdings nur wenige Stiftungen. Eine Ausnahme bilden z. B. der **Verein Homosexuelle Selbsthilfe e. V.** (HS) sowie die **Hannchen-Mehrzweck-Stiftung für homosexuelle Selbsthilfe** (HMS). Sie fördern Aktivitäten, wenn diese dem Ziel dienen, soziale, rechtliche oder wirtschaftliche Nachteile, die auf der sexuellen Orientierung beruhen, zu verhindern oder deren Folgen zu beseitigen. Die Richtlinien für Anträge sind unter www.stadt.gay-web.de/hms/wir.shtml aufgeführt. Spezielle Fördermittel für lesbische Projekte vergibt die **Astraea National Lesbian Action Foundation**, eine amerikanische Stiftung, die teilweise auch in Europa fördert. Details hierzu gibt es unter www.astraea.org.

Ein **Handbuch der Deutschen Stiftungen** gibt der Bundesverband der Stiftungen heraus (www.stiftungshandbuch.de). Es enthält ein nach Zwecken sortiertes Stichwortverzeichnis. Die Stiftungen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen sind auf der Homepage des Innenministeriums aufgelistet (www.im.nrw.de). Nach Stiftungszwecken lässt sich auf folgender Website recherchieren: www.wegweiser-buergergesellschaft.de. Zunehmend haben auch kleine Stiftungen eine Homepage. Hier ist dann mehr zu erfahren über Förderschwerpunkte und Antragsprozedere. Erwähnenswert sind hier insbesondere die **Stiftung Mitarbeit** (www.mitarbeit.de), die **Bewegungsstiftung** (www.bewegungsstiftung.de) sowie der **Fonds Soziokultur e. V.** (www.soziokultur.de). Dieser Fonds ist zwar keine Stiftung, funktioniert aber ähnlich. Hier werden offene Mittel für Modellprojekte der soziokulturellen Arbeit ausgeschrieben.

Die Schwul-lesbische Selbsthilfe NRW e.V. hat eine Initiative **PROJEKT ZUKUNFT STIFTEN** gestartet. Die Initiatoren wollen die Gründung von Stiftungen in lesbisch-schwulen Lebenszusammenhängen anregen, beraten und vernetzen. Informationen hierzu: www.projekt-zukunft-stiften.de



Wie finanzieren wir unser Projekt?

Welche Finanzquellen und Förderungen gibt es?

🕒 **Lotterien**

Die großen Lotterien kennen wir aus dem Fernsehen. Sie fördern Initiativen und Projekte, die ihrem jeweiligen Profil entsprechen.

Ein Platz an der Sonne unterstützt Projekte im sozialen und karitativen Bereich. Verteilt werden die Mittel über die „Stiftung Deutsches Hilfswerk“ (www.ard-fernsehlotterie.de).

Bei der **Glückspirale** können Vorhaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, ihrer Spitzenverbände sowie der angeschlossenen Träger gemeinnütziger Einrichtungen und Dienste gefördert werden (www.bagfw.de).

Die **Aktion Mensch** unterstützt Projekte für Menschen mit Behinderungen und der Kinder- und Jugendhilfe (www.foerderung.aktion-mensch.de).

🕒 **AStA der örtlichen Hochschule**

Wenn unsere Stadt Universitätssitz ist oder eine Fachhochschule hat, können wir auch beim Allgemeinen Studentischen Ausschuss (AStA) der Hochschule um Unterstützung bitten. Das kann ein Zuschuss sein, aber auch Unterstützung im Bereich Werbung, Räumlichkeiten oder anderer Ressourcen.

🕒 **Sparkassen**

Örtliche Sparkassen befinden sich noch in öffentlicher Trägerschaft und sind einer Gemeinwohlorientierung verpflichtet. Daher kommen sie auch als Spender für lokale Veranstaltungen vor Ort in Frage. Einzelheiten einer möglichen Förderung lassen sich am besten im direkten Gespräch klären. Daneben gibt es die Möglichkeit einer Eintragung im Spendenportal der Sparkassen-Finanzgruppe (www.ihrspendehilft.de). Bleibt zu hoffen, dass jemand darüber stolpert und spendet.

🕒 **Rotary Club**

Lokal aktive Gruppen können einen Versuch zur Förderung durch den örtlichen Rotary-Club starten. Mehr im Internet unter www.rotary.de.



Was ist „Fundraising“?

- **Persönliche Gespräche** auf Veranstaltungen oder bei geplanten Terminen. Es gehört sehr viel Fingerspitzengefühl und Erfahrung dazu, zum richtigen Zeitpunkt konkret um Geld zu bitten.
- **gezielte Briefe**, so genannte „Mailings“ können mehrfach pro Jahr verschickt werden, gegebenenfalls mit Überweisungsvordrucken. Hierbei ist eine persönliche und vertrauensvolle Ansprache wichtig. Die Problemlage und die Arbeit der Organisation sollte sachlich geschildert werden. Außerdem sollte die Aussicht bestehen, dass das Problem mit Hilfe der Angesprochenen zu lösen ist.
- **Telefongespräche** eignen sich besonders zur Reaktivierung von ehemaligen Engagierten, Interessierten und Personen, die bereits früher gespendet haben. Um den Überblick zu behalten, telefonieren wir am besten mit einem schriftlichen Skript und einer gepflegten Adressdatei.
- **Benefiz-Veranstaltungen** können zum Beispiel eine Feier, eine Versteigerung oder Verlosung sein. Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Startgeldern oder Spendensammlung gehen dann zugunsten des geplanten Projektes.
- **Werbeaktionen** können ebenfalls zu Spenden aufrufen, zum Beispiel über klassische Anzeigen in Bussen und Bahnen, auf Plakatwänden, in Tageszeitungen usw. Der Aufwand und die Kosten sollten hier allerdings in einem vernünftigen Verhältnis zu den Einnahmen stehen.

Ⓜ Spenden von Privatpersonen

Wenn wir als gemeinnützige Organisationen anerkannt sind, können wir Spenden gegebenenfalls steuerlich geltend machen. Wer spendet, erhält hierfür in der Regel eine Spendenbescheinigung, aber keine Gegenleistung (sonst würde es sich um ein Geschäft handeln, das versteuert werden muss).

Unter dem Begriff „Fundraising“ ist das Einsammeln von Spenden zum großen Hoffnungsträger geworden. Doch hierbei handelt es sich nicht um ein Wundermittel sondern um eine Art der Mittelbeschaffung, die nur bei planmäßigem und nachhaltigem Vorgehen funktioniert.

Ⓜ Unternehmen und Selbstständige in der Region

Wir können auch private Unternehmerinnen oder Unternehmer in unserer Region dazu bewegen, bestimmte Projekte zu unterstützen. Vielleicht gibt es ja ein Mitglied des Völklinger Kreises (www.vk-online.de), der Organisation schwuler Manager? Oder eine erfolgreiche lesbische Unternehmerin von den Amigas (www.amigas.de)? Die Unterstützung muss nicht nur aus Geld bestehen. Es können Sachmittel sein (Aschenbecher, Sonnenschirme, Fahrräder) oder kostenlose Dienstleistungen (Rechtsberatung, Buchhaltung, Druck von Plakaten, Design einer Broschüre, Gestaltung einer Internetseite, Abdruck von Anzeigen usw.).

Die Firmen vor Ort werden um so eher zu einer Unterstützung neigen, je mehr sie sich einen Imagegewinn davon versprechen. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei der Sponsorensuche einen besonderen Wert auf die Präsentation unseres Projektes legen. Außerdem sollten wir die steuerlichen Folgen der Unterstützung vorab klären. Wenn die Firma eine Gegenleistung erbringt, liegt womöglich eine Betriebsausgabe vor. Das ist für die Firma günstig, allerdings entfällt dann der Spendencharakter, und damit kann der Verein steuerpflichtig werden.

Ⓜ Personalkostenzuschüsse

Wenn ein Projekt so groß wird, dass es ehrenamtlich und allein mit Idealismus nicht mehr zu bewältigen ist, lohnen sich womöglich Gespräche mit der Arbeitsagentur und der Kommune über Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten. Die jeweils aktuellen Bedingungen sind von den Vorgaben der Politik abhängig. Die Einzelheiten können wir bei der Agentur für Arbeit erfragen.

Wie finanzieren wir unser Projekt?

„Die Menükarte“: Wie stellen wir den Antrag?

Wer Finanzmittel vergibt, möchte selbstverständlich im Vorfeld genau darüber informiert werden, an wen das Geld fließt, welcher Betrag benötigt wird wofür die Mittel eingesetzt werden. Deshalb sollten wir diese Informationen sorgfältig vorbereiten. Was für einen Antrag im Einzelfall erforderlich ist, können wir den Förderrichtlinien des jeweiligen Geldgebers entnehmen.

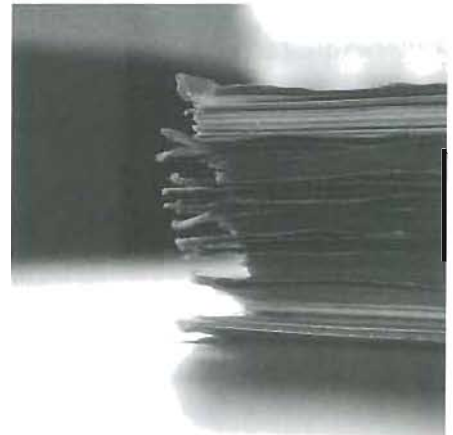
Eine Gruppe, die bei öffentlichen Stellen und Stiftungen einen Antrag stellt, muss meist über die folgende Fragen genaue Auskunft geben:

- **Wer sind wir und welchen Zweck verfolgt unsere Organisation?**
Hierzu gehören gegebenenfalls eine Kopie unserer Satzung, die Vereinsregister- eintragung und der Körperschaftssteuerfreistellungsbescheid vom Finanzamt.
- **Worin besteht unser Vorhaben konkret? Was wollen wir mit dem Projekt erreichen? Und was hat die fördernde Stelle davon, unser Vorhaben zu unterstützen?**
- **Wer ist unsere Zielgruppe?**
- **Welche Kosten werden bei unserem Projekt entstehen und über welche Einnahmen verfügen wir?**

Unsere Einnahmen und Ausgaben sollten wir in einem Kosten- und Finanzplan aufführen. Kosten entstehen z. B. für Zeitschriftenanzeigen, Flyer, Raummiete und Veranstaltungstechnik, Porto und Fotokopien, Übernachtungen und Reisen, Honorare für Referate und Moderation. Da die Förderung selten 100 Prozent der Projektkosten beträgt, sondern eher ein Zuschuss vergeben wird, sollte unsere Finanzplanung Auskunft darüber geben, wie die Gesamtsumme aufgebracht wird. Deshalb sollten wir auch Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Spenden von dritter Seite sowie bereits vorhandene Finanzmittel aufführen.

- **In welchem Zeitraum soll die Maßnahme zukünftig durchgeführt werden?**
Bereits laufende Projekte können in der Regel nicht gefördert werden!

Spätestens jetzt wird klar, dass mit solchen Anträgen ein hoher bürokratischer Aufwand verbunden ist. Aber vielleicht gibt es ja ein paar Leute in der Gruppe, die ein erotisches Verhältnis zu Zahlen pflegen und sich spielend leicht mit Förderrichtlinien, Bewilligungsbescheiden und Nebenbestimmungen beschäftigen können...



Beispielantrag auf Bewilligung eines Zuschusses beim Kreis

1. Maßnahme: „Wir sind überall!“

Tagung zur Vernetzung kommunaler Initiativen und Einrichtungen, die Angebote für Schwule und Lesben organisieren oder dies beabsichtigen

2. Träger der Maßnahme/Antragstellerin

Homosexuelles Bildungswerk „Toklas e.V.“

Magnus-Hirschfeld-Str. 175, 44444 Kreisstadt, Tel., Fax, e-Mail

Anlagen:

Vereinsregisterauszug, Freistellungsbescheid vom Finanzamt,

Selbstdarstellung des Vereines/Gruppe

3. AnsprechpartnerIn: Gertrude Stein, Tel., Fax, E-Mail

4. Die Maßnahme im Einzelnen (Projektbeschreibung)

In den letzten Jahren sind von einzelnen Trägern politischer und sozialer Arbeit verschiedene Projekte und Themen im Bereich der Akzeptanzförderung schwuler und lesbischer Lebensweisen auf Bundes- und Landesebene in Gang gesetzt worden.

Welche Wirkungen diese Aktivitäten im Bereich der kommunalen politischen und soziokulturellen Arbeit haben und wie eine Rückkopplung von Aktivitäten vor Ort sein kann, ist die Fragestellung dieser Tagung.

Die Tagung soll für die Möglichkeit von Austausch, Auswertung und Zukunftsplanung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der soziokulturellen Arbeit sein. Münden soll sie in der Planung gemeinsamer Projektideen und –strategien für die Arbeit vor Ort.

a. Planung im Detail

- 4 thematisch eingegrenzte Referate zu kommunalen Angeboten für Schwule und Lesben (psychosoziale Beratung, Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Kultur/Bildung)*
- 1 Open-Space-Workshop zur Ressourcen- und Ideenklärung*
- 4 bis 6 Workshops zu Schwerpunkten*
- 1 Podiumsdiskussion mit Kommunal- und Landespolitikern bzw. Politikerinnen, Wohlfahrtsverbänden etc.*

b. Zielgruppen

Teilnehmen sollen an dieser Tagung Akteure der kommunalen sozialen und kulturellen Arbeit, die bisher versucht haben, in den oben genannten Feldern Angebote für Schwule und Lesben zu entwickeln. Des Weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie Verantwortliche aus Politik und Verwaltung.

c. Zeitplan (Vorbereitung, Datum und Dauer des Vorhabens)

Die Tagung ist für April 2007 geplant.

Anreise am Freitag. Ende der Veranstaltung am Samstagabend.

Abschluss mit Podium und Pressekonferenz.

Vorbereitungsdauer: 1 Jahr.

d. Ort(e) der Veranstaltung

Die Tagung soll im örtlichen Tagungshotel stattfinden.

e. Ziele der Veranstaltung (kurzfristig, mittelfristig, nachhaltig)

Kurzfristige Ziele:

- Rückkopplung von kommunaler Akzeptanzarbeit und landes- oder bundespolitischen Erkenntnissen*
- Antidiskriminierung soll auch in kommunaler Politik und Verwaltung vor Ort im Bewusstsein der Akteure verankert werden*
- Einrichtung eines regelmäßiges Monitorings von kommunaler Arbeit*
- Folgeveranstaltungen, die von den vernetzten Organisationen getragen wird.*

Beispielantrag auf Bewilligung eines Zuschusses beim Kreis

Mittelfristig sollen Modellangebote für Schwule und Lesben in den Kommunen entwickelt, ausgewertet und dann übertragbar gemacht werden.

Nachhaltige Effekte: Künftig soll jedes Jahr der „Hier-I(i)ebt es-sich-gut-Preis“ für Kommunen vergeben werden. Auf der Tagung soll die Organisationsgruppe für das nächste Treffen gefunden werden. Es ist vorgesehen, eine „Städtefest“-Jury für die Einrichtung des Preises zu bilden.

Öffentlichkeit: Der WDR hat bereits Interesse bekundet, eine Sendung über das Projekt zu machen. Es wird erwartet, dass die Veranstaltung ein größeres Medienecho nach sich zieht. Für den Landkreis ist die Akzeptanz und Förderung homosexueller Lebensweisen ein **Standortfaktor**, der die Attraktivität für schwule und lesbische Mitbürger und Mitbürgerinnen erhöht. Mit der Förderung dieser Tagung zeichnet sich der Landkreis als Wegbereiter einer neuen Offenheit aus. Mittelfristig entstehen keine Folgekosten, da die nächsten Tagungen in anderen Regionen Nordrhein-Westfalens stattfinden werden.

5. Kostenplan

a. Honorare

4 Referent/innen je 300 €	1.200 €
6 Moderator/innen für Workshops/Open Space	1.800 €
Reisekosten und Übernachtung Referent/innen	1.700 €
	4.700 €

b. Raumkosten, Übernachtung/Verpflegung

Miete für Tagungshaus inkl. Technik	2.000 €
Übernachtung und Verpflegung TN	6.500 €
Übernachtung / Verpflegung Organisator/innen	400 €
	8.900 €

c. Kosten für Planung und Organisation, Sachkosten

4.000 €

d. Werbung und Sachkosten

Homepageerstellung	1.800 €
Flyer, Plakat Erstellung, Druck, Versand	5.000 €
	6.800 €

Gesamtprojektkosten (a-d)

24.400 €

(Anlagen: Kostenvoranschläge)

6. Finanzierungsplan

a. Eigenmittel

aus Spenden	1.500,- €
aus Anzeigen-/Bannerwerbung	1.500,- €
	3.000,- €

b. Teilnahmebeiträge

100 Teilnehmende, jeweils 50 €	5.000,- €
--------------------------------	-----------

c. Zuschuss der Bewegungsstiftung

zur Erstellung der Homepage (beantragt)	1.500,- €
---	-----------

d. Zuschuss der Konrad-Adenauerstiftung

Abteilung Familie (beantragt)	5.000,- €
-------------------------------	-----------

e. Zuschuss der Kreissparkasse

für das Plakat (beantragt)	500,- €
----------------------------	---------

f. Zuschuss des Kreises

9.400,- €

geplante Gesamteinnahmen (a-f)

24.400,- €

Wie finanzieren wir unser Projekt?

„Das Menü“: Ran ans Projekt

Wenn wir unseren Antrag gestellt haben, beginnt eine Zitterpartie, ein Hin- und Her an Änderungen, Terminen, Gerüchten und Verzweiflung. Aufatmen können wir dann, wenn unser Bewilligungsbescheid noch vor dem geplanten Termin für unser Projekt bei uns ankommt. Herzlichen Glückwunsch! Ein Grund zum Feiern!

Ab sofort gilt: Gehen wir mit Spaß an die Sache. Wir sollten dabei allerdings zwischendurch immer wieder die Aufgabenverteilung klären. Denn wenn wenige schnip-peln wollen, viele kochen, alle essen, aber niemand vorher einkauft und nachher spült, wird es anstrengend! Und nicht den Mittelabruf vergessen!

„Die Küche Aufräumen“: Zeit zum Auswerten und Abrechnen

Unser Projekt ist jetzt abgeschlossen und es gilt Bilanz zu ziehen: Haben wir unser Ziel erreicht, was lief gut, was nicht? Können wir beim nächsten Mal etwas besser machen? Wenn wir Gelder erhalten haben, ist nun die Zeit, alle Quittungen und Belege zusammenzustellen, den Nachweis über die verwendeten Gelder zu erbringen und einen Sachbericht über die Aktion zu schreiben. Das sollten wir so zeitnah wie möglich tun und uns an die Fristen und Formen halten, die mit der Bewilligung vorgegeben wurden. Ein Dank an die Geldgeber für die gute Zusammenarbeit ist eine wirkungsvolle Geste der Wertschätzung. Zu einem professionellen Miteinander gehört auch, dass wir zum Jahresende unaufgefordert die Spendenbescheinigungen verschicken. Wenn wir zum Projektabschluss diese Dinge beherzigen, schaffen wir uns eine gute Ausgangsbasis für den nächsten Antrag.

So, und nun genug der Pläne und Checklisten – wir gönnen uns jetzt einen süßen Espresso, atmen tief durch und schauen zufrieden auf das Erreichte... Da kommt uns plötzlich eine tolle Idee: Wollten wir nicht schon immer mal...? Das wäre doch genau das Richtige für uns! Ein neues Projekt...

Weiterführende Infos und Literaturempfehlungen im Internet unter:

<http://politik.lesben-nrw.de>

<http://politik.schwul-nrw.de>



12 Tipps für lokale Pressearbeit

„Mann beißt Hund ist eine Nachricht – Hund beißt Mann ist keine.“ So lautet eine anschauliche Erklärung in Journalistenkreisen für den Nachrichtenwert einer Meldung. Der Wert einer Nachricht bemisst sich also daran, wie außergewöhnlich, unerwartet oder einmalig ein Ereignis ist. Nachrichten sollten zudem möglichst zeitnah verbreitet werden. Sie interessieren die Menschen umso stärker, je mehr lokalen Bezug sie haben. Wenn wir die folgenden journalistischen Grundregeln beachten, steigen die Chancen, dass unsere Nachrichten in der örtlichen Presse aufgegriffen werden.

1. Die beste Initiative nutzt nichts, wenn niemand davon erfährt

Die Zeitung ist immer noch das meistgenutzte Informationsmedium. Nur wer dort im Lokalteil erscheint, kann im örtlichen Leben etwas bewegen. Nicht nur Fernsehen, Radio, Internet und Zeitschriften sind Medien. Auch in Kneipen, Infoläden, in Schaufenstern, auf Plakatwänden und über Mitgliederrundbriefe werden Nachrichten übermittelt. Also gilt es, Flugblätter zu verteilen, Plakate aufzuhängen und Briefe zu verschicken. Doch die beste Ernte fährt ein, wer die gewachsenen örtlichen Medien beackert, die Lokalzeitungen.

2. Orientieren, informieren, unterhalten...

...sind die Eckpfeiler der Berichterstattung. Unsere (möglichst frohen) Botschaften sollten sich daran orientieren. Gute Vorbereitung ist wichtig. Wir sollten überlegen: Was haben wir zu bieten? Wen wollen wir erreichen? Und wofür? Gespräche in den Gruppen können mit der Frage beginnen: Was würde mich locken? Was müssen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger wissen, um umzudenken, um mitzumachen?

3. Achtsamer Umgang mit der Presse

In Redaktionen arbeiten Menschen, die einem Beruf unter professionellen Bedingungen nachgehen. Ihre Spielregeln sollten wir kennen und achten. Es lohnt sich, auf die Kürzel der Autoren und Autorinnen zu schauen. Wer bearbeitet unser Thema? Zu welcher Uhrzeit sollten wir anrufen und wann besser nicht, weil Redaktionskonferenzen stattfinden? Wir dürfen davon ausgehen, dass professionelle Journalistinnen und Journalisten ihr Fach gut verstehen. Ein Vertrauen in die Beurteilungsfähigkeit der Profis kann also nicht schaden. Neugier und Lernfähigkeit öffnen Türen, Herzen und letztlich auch Zeitungsspalten.

4. Die richtige Person ansprechen

Alle Redaktionen haben Hierarchien, vom Chefredakteur zum freien Mitarbeiter. Je höher der Rang, desto weniger Zeit hat die betreffende Person. Wer nicht weiß, wie die geeigneten Ansprechpartner heißen, sollte sich vorher erkundigen, beim Sekretariat nach dem Namen fragen, ins Impressum oder Internet schauen und sich erst dann verbinden lassen. Das Gespräch persönlich einleiten mit: „Guten Tag Frau oder Herr Soundso ich hoffe, dieses Anliegen interessiert Sie... Oder an wen sollten wir uns wenden?“



5. Pressekonferenz oder Hintergrundgespräch?

Die Wichtigkeit von Pressekonferenzen wird oft überschätzt. Häufig herrscht eine allzu förmliche Atmosphäre. Informelle Pressegespräche mit den (drei oder vier) örtlichen Medien bringen oft mehr als eine offizielle Konferenz. Vor wichtigen örtlichen Ereignissen bieten sich Hintergrundgespräche mit einzelnen Redaktionen an. Einfach mal in den Redaktionen nachfragen: Wie sprechen wir euch am besten an?

Wenn schon eine Pressekonferenz stattfindet, dann sollten sich höchstens drei Sprecherinnen oder Sprecher mit einigen herausragenden Botschaften präsentieren.

6. Die Pressemitteilung

Pressemitteilungen sollten per Mail und Fax verbreitet werden. Was der Redakteurin oder dem Redakteur eher zusagt, ist Geschmackssache. Journalisten stehen immer unter Zeitdruck. Trotzdem sollten wir uns knapp und höflich vergewissern, ob unsere Mitteilung angekommen ist. Bei der Gelegenheit können wir kurz erwähnen, dass wir für Rückfragen gern zur Verfügung stehen.

7. Der richtige Moment

Zeitungen haben je nach Wochentag wechselnde Schwerpunkte: Sport, Computer, Wissenschaft, Stadtteile. Die Samstagsausgaben werden relativ ausführlich gelesen. Deshalb bieten sich für diesen Tag besonders Tourentipps und Reportagen an. In Ferienzeiten haben die Redaktionen manchmal Schwierigkeiten, ihre Seiten zu füllen. Das gleiche gilt für Sonderbeilagen zu lokalen Ereignissen. Sie freuen sich dann umso mehr über Anregungen.

8. Gleichbehandlung der Medien

Mehrere Redaktionen am Ort beleben die Berichterstattung. Gleichbehandlung ist dabei wichtig. Informationen sollten gleichzeitig verschickt werden und denselben Inhalt haben. Natürlich steht es einem frei, Journalisten des Vertrauens zusätzliche Informationen zukommen zu lassen. Das sollte aber am besten mündlich geschehen.

12 Tipps für lokale Pressearbeit

9. Anzeigenblätter und Lokalsender

Anzeigenblätter und Gratiszeitschriften verfügen meist nur über geringe redaktionelle Kapazitäten. Die dortigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind daher oft dankbar über kurze Fertigartikel und Fotos. Vielleicht besteht die Redaktion nur aus einer Person, die sich über eine Kontaktaufnahme aufrichtig freut. Ähnlich verhält es sich bei den Lokalsendern. Wer in einer kleinen Redaktion ein relativ großes Gebiet betreuen muss, ist froh über jede gut vorbereitete Presseinfo.

10. Fotos

Artikel werden eher gelesen, wenn ein Foto dabeisteht. Etwas Action und ein ungewöhnlicher Blickwinkel bringen Leben und Spannung ins Bild. Unser Konterfei darf ruhig ab und an die Zeitung zieren, damit die Leser und Leserinnen erkennen: „Ach der oder die ist das.“ Nur bitte nicht übertreiben...

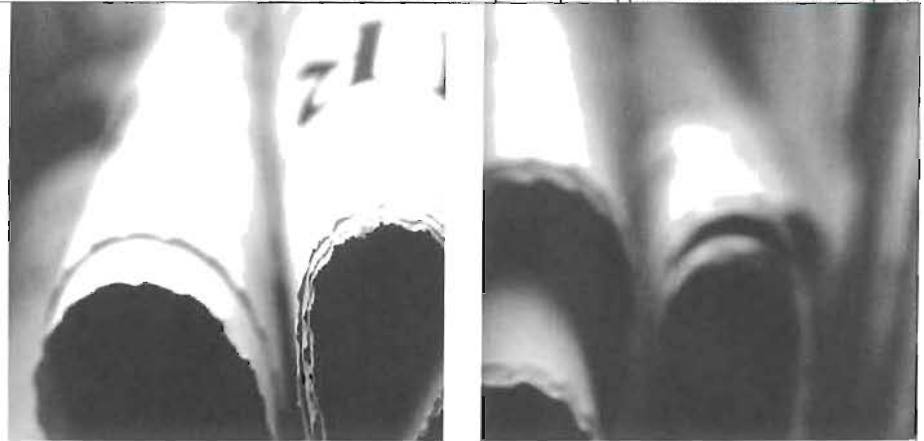
11. Leserbriefe werden gelesen

Wer herumfragt, stellt leicht fest, wie aufmerksam die Leserbriefseite verfolgt wird. Kürze ist nicht nur Würze, sondern wichtig, sonst kürzt die Redaktion! Frische Ansichten und Absichten und eine Glosse finden hier Platz. Allerdings sollten wir auf Redaktionsschelte verzichten. Das klingt meist, als seien wir beleidigt und wirkt eher unprofessionell.

12. Hat sich die Arbeit gelohnt?

Der Pressespiegel ist eine gute Selbstkontrolle. Also: Sammeln wir die Ausschnitte und verschicken sie hin und wieder an die Mitglieder. Bei Negativ-Berichterstattung sollten wir zunächst klären: Lag es an uns selbst? Erst dann in der Redaktion nachfragen und die Kritik sachlich vortragen. Kaum ein Redakteur ist wegen Kritik langfristig beleidigt. Die Arbeitsbedingungen in den Redaktionen sollten wir allerdings als mildernde Umstände berücksichtigen. Und bitte auch das Lob nicht vergessen! Immerhin kann eine gelungene Pressekampagne viele Menschen ansprechen und sie überzeugen, mit uns gemeinsam neue Schritte zu tun. Und sie kann vielleicht der Beginn einer wundervollen Beziehung zwischen Lokalredaktion und Ehrenamtlichen sein...

[Nach einer Vorlage der Heinrich-Böll-Stiftung NRW]



Checkliste für Pressekonferenzen:

- kurze, prägnante Vorträge halten
- vorher genau absprechen:
Wer sagt was?
- Langatmigkeit und Wiederholungen vermeiden
- schriftliches Hintergrundmaterial bereitstellen

Wie sieht eine Pressemitteilung aus?

- Namen des/der Verantwortlichen mit Telefonnummer oben auf der Seite nennen
- nie mehr als eine Seite beschreiben (Rückseite frei lassen)
- breiten Rand und großer Zeilenabstand lassen (für Anmerkungen)
- auf fehlerfreies Deutsch achten (Korrekturprogramm verwenden)
- direkt an zuständigen Redakteur/zuständige Redakteurin adressieren
- vermerken, wann die Veröffentlichung besonders günstig ist

Wie formuliere ich eine Pressemitteilung?

- das Wichtige kommt nach oben (von unten wird gekürzt)
- W-Fragen beantworten: Wer sind die Beteiligten? Was ist passiert? Wann, wo, wie und warum? Woher (aus welcher Quelle) stammen die genannten Informationen?
- klare Botschaften einfach und verständlich formulieren
- kurze Sätze bilden, nicht zu viele Themen ansprechen
- möglichst positiv formulieren (Lieber: Was wurde erreicht? anstatt: Was wurde versäumt?)
- alle Personen mit Vor- und Zunamen nennen
- Abkürzungen beim ersten Mal ausschreiben
- Zitate anbringen (z.B. Gruppensprecher XY sagte...)
- Superlative und Eigenlob bescheiden verwenden
- Vorsicht mit Fachbegriffen und Vereinsjargon
- alle Fakten müssen stimmen!

„Ein Runder Tisch wäre ein großer Schritt für Köln“

Marlis Bredehorst (Bündnis 90/Die Grünen) ist Beigeordnete der Stadt Köln und leitet das Dezernat V – Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung. Seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2003 engagiert sie sich für kommunale lesben- und schwulenpolitische Belange. Die gebürtige Hamburgerin war mehrere Jahre Direktorin bei der Landesunfallkasse Hamburg und leitete ab 1998 den Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverband in Düsseldorf. Bredehorst hat eine Lebensgefährtin, mit der sie verpartnert ist.



Ist eine aktive Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in einer homopolitischen Hochburg wie Köln eigentlich noch notwendig?

In einigen Bereichen ist sie heute weniger notwendig, in vielen Bereichen allerdings doch sehr, zum Beispiel in der Seniorenpolitik, in der Behindertenpolitik und im Bereich bestimmter Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten. Hier sehe ich den größten Handlungsbedarf.

Warum unterstützen Sie die Anliegen von Lesben und Schwulen in Köln?

Ich bin selbst lesbisch und weiß um die Schwierigkeiten, die wir haben. Bei weiten Teilen der Bevölkerung und auch in der Verwaltung gibt es immer noch Vorbehalte. Es war ein Glück, dass ich mich gleich bei meinem Amtsantritt als Lesbe geoutet habe. So konnte ich mich mit Glaubwürdigkeit auch für die Interessen von Schwulen und Lesben einsetzen, selbst wenn es hin und wieder einige kritische Stimmen gab.

Sie haben sich dafür eingesetzt, dass es künftig eine städtisch geförderte Netzwerkarbeit für ältere Lesben und Schwule in Köln geben wird. Wie sah Ihr Engagement aus?

In Köln gibt es leider keinen speziellen Ansprechpartner für Lesben und Schwule, sondern die Zuständigkeiten sind je nach Ressort aufgeteilt. Zu meinen Zuständigkeitsbereichen gehören das Amt für Wohnungswesen sowie das Amt für Soziales und damit auch die Seniorenarbeit der



Ich finde es wichtig, dass die Szene sich selber organisiert, dass sie gut vernetzt ist, und dass dieses Netz wiederum einen Draht zur Verwaltung und zur Politik hat.

Stadt. Den Aufbau eines lesbisch-schwulen Seniorennetzwerks habe ich unterstützt, indem ich versucht habe, bei Gesprächen mit den Führungspersonen des jeweiligen Amtes inhaltliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Mit dem Amtsleiter habe ich z. B. lesbisch-schwule Einrichtungen besucht. Wir erkundigten uns, welche spezifischen Probleme es gibt und sind dann gemeinsam zu der Ansicht gelangt, dass ein speziell lesbisch-schwules Netzwerk für die Seniorenarbeit notwendig ist. Es kostet weitere Überzeugungsarbeit, um trotz der klammen Haushaltslage das entsprechende Geld locker zu machen. Wir müssen natürlich darauf achten, dass wir als Stadt Köln solche Projekte in unsere gesamte soziale Arbeit integrieren, denn wir wollen ja nicht nur Lesben- und Schwulenprojekte fördern.

Wie sollte eine gut funktionierende kommunale Zusammenarbeit im Bereich lesbisch-schwule Minderheitenpolitik aussehen?

Ich finde es wichtig, dass die Szene sich selber organisiert, dass sie gut vernetzt ist, und dass dieses Netz wiederum einen Draht zur Verwaltung und zur Politik hat. Dieser Draht sollte zu allen relevanten Parteien reichen, weil häufig in der Kommune nicht eine Partei alleine bestimmt, und wir in jeder Partei Fürsprecherinnen und Fürsprecher brauchen. Letztlich sind immer die persönlichen Kontakte entscheidend.

Wie beurteilen Sie den Stellenwert lesbisch-schwuler Politik in der Kölner Verwaltung?

Obwohl Köln Hochburg der Schwulen und Lesben ist, hat es die Kölner Verwaltung bis heute leider nicht geschafft, einen zentralen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin für schwul-lesbische Belange zu installieren. Ich halte eine solche Funktion aber für nötig. Wir haben zwar sehr starke einzelne Projekte in Köln, wie zum Beispiel bei KölnTourismus, wo es schwul-lesbische Akteure schließlich geschafft haben, mit der Stadt zusammenzuarbeiten. Das ist zum beiderseitigen Vorteil und bedeutet für die Stadt auch einen wirtschaftlichen Gewinn. Aber solche Initiativen werden von städtischer Seite noch nicht stark genug koordiniert.

Was wünschen Sie sich von der lesbisch-schwulen Community?

Ich wünsche mir eine stärker institutionalisierte Zusammenarbeit. Auf der kommunalpolitischen Ebene gibt es ja den Kölner Lesben- und Schwulentag (KLuST), der zum Beispiel zu den Wahlen an die Parteien herantritt, um deren schwulen- und lesbenpolitischen Schwerpunkte zu erfragen und diese dann zu veröffentlichen. Das halte ich für eine sehr wichtige Arbeit. Aber in Köln gibt es bisher keinen Runden Tisch aus Politik, Verwaltung und Schwulen- bzw. Lesbeninitiativen. Andere Städte in Nordrhein-Westfalen haben eine solche Einrichtung schon. Es wäre schön, wenn der Anstoß hierzu aus der lesbisch-schwulen Gemeinschaft käme. Das würde die Glaubwürdigkeit der Community gegenüber der Stadt unterstreichen und könnte Köln einen großen Schritt weiter bringen.

„Wir sollten mehr privates Kapital mobilisieren“

Daniel Sodenkamp ist Kreisvorsitzender der FDP in Ennepe-Ruhr und seit 2002 Mitglied im Landesvorstand der FDP NRW. Im gleichen Jahr rückte er für den verstorbenen Jürgen W. Möllemann als Abgeordneter in den Landtag NRW nach. Bei der Landtagswahl 2005 konnte er jedoch nicht erneut ins Parlament einziehen. Sodenkamp ist freiberuflich als Arbeitspsychologe tätig. Er verpartnerte sich 2002 mit seinem Lebensgefährten, der im Jahr 2004 verstarb.



Welchen Stellenwert hat für Sie eine Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW?

Trotz der Akzeptanzkampagne „Andersrum ist nicht verkehrt“ mit ihren zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und trotz der Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes auf Landesebene ist die Politik für Lesben und Schwule in NRW nach wie vor ein „Anhängsel“ der Familienpolitik.

Ist aus Ihrer Sicht eine aktive Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule auch künftig notwendig?

In den vergangenen Jahren ist vieles für Lesben und Schwule erreicht worden. Die Älteren unter uns können sich ja noch daran erinnern, dass homosexuelle Handlungen mit Strafe bedroht waren. Heute sind gleichgeschlechtliche Lebensformen zwar weithin akzeptiert, aber trotzdem stoßen Schwule und Lesben immer noch auf Vorurteile. Das Coming-out gegenüber Eltern und Freunden, im Verein und am Arbeitsplatz bedeutet für Schwule und Lesben häufig auch heute noch starke Belastungen. Einige Gruppen stehen in ihrem Alltag vor ganz besonderen Herausforderungen, wie Schwule und Lesben im höheren Lebensalter, mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen. Deshalb ist eine aktive Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule auch künftig unerlässlich.

Wie sollten die Aufgaben im Rahmen der Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule zwischen Kommunen und Land verteilt sein?

Aktive Antidiskriminierungsarbeit kann auf kommunaler Ebene in vielen Bereichen stattfinden, und sie kann Vorbildcharakter haben, wenn Schulen Aufklärungsarbeit bieten, wenn Jugendarbeit schwul-lesbische Themen auf die Tagesordnung nimmt und wenn Sportvereine auf ein Miteinander setzen. Aufgabe des Landes kann es hier sein, unterschiedliche Ansätze miteinander zu vernetzen. Die Landesförderung sollte das besondere Engagement für Schwule und Lesben zum Ausdruck bringen. Trotz vieler guter Beispiele sind wir von einer landesweiten Vernetzung der unterschiedlichen Akteure weit entfernt. Vor allem im ländlichen Raum muss noch Aufbauarbeit geleistet werden. Jugendliche, die nicht motorisiert sind, haben zum Beispiel keine Chance, an den Angeboten der Großstädte teilzuhaben.

Wie beurteilen Sie die Zukunft der Landesförderung und welche Möglichkeiten sehen Sie, die Förderung aus kommunalen Mitteln zu stärken?

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage ist nicht mit einer Erhöhung der Mittel für schwul-lesbische Arbeit zu rechnen. Es ist schon viel erreicht, wenn die vorhandenen Mittel in gleicher Höhe erhalten bleiben. Für eine Erfolg versprechende Arbeit ist Planungssicherheit und Verlässlichkeit erforderlich. Solange das Land die Politik für Lesben und Schwule

Es ist wichtig, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und innerhalb der Politik „Werbung“ für diesen Bereich zu machen.

noch fördern kann, sind alle Beteiligten gefragt, nach zukunftsfähigen Lösungen zu suchen, die eine dauerhafte Antidiskriminierungsarbeit ermöglichen. Ein Weg könnte sein, mit Hilfe des Landes eine private Stiftung zu errichten, die insbesondere auch Testamentsspenden erreicht. Für die Finanzlage der Kommunen gilt ähnliches wie für das Land. Auch hier sollten wir nach Lösungen für eine verstärkte Einbindung privaten Kapitals suchen.

Sie haben als Politiker an mehreren Vernetzungstreffen der GAYCOM teilgenommen.

Worin begründet sich Ihr Engagement?

Ich habe mich persönlich engagiert, weil ich Diskriminierung aus eigener Erfahrung kenne, zum Beispiel die „versteckten“ Vorurteile, die Lesben und Schwulen immer wieder begegnen. Meine Motivation leitet sich aber auch aus meiner Zeit als Fachabgeordneter für Familienpolitik, insbesondere für Lesben und Schwule, ab. Gerade junge Menschen vor dem Coming-out möchte ich ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und diesen offen bekennen zu können.

Welche Möglichkeiten sehen Sie als Landespolitiker für die Stärkung schwul-lesbischer Kommunalpolitik?

Auch wenn ich dem Landtag nicht mehr angehöre, engagiere ich mich weiterhin landes- und kommunalpolitisch für Schwule und Lesben. Es ist wichtig, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und innerhalb der Politik „Werbung“ für diesen Bereich zu machen. Dazu gehören Aufklärung und Überzeugung. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage halte ich es aber auch für notwendig, ehrenamtliches Engagement und privates Kapital zu mobilisieren.





**wo ein fruchtbares Miteinander
gelebt wird, profitieren Lesben
und Schwule sowie die Kommunen
gleichermaßen.**

Impressum

Handbuch der kommunalen Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW

Herausgeber

Schwules Netzwerk NRW e.V. in Zusammenarbeit mit der LAG Lesben in NRW e.V.

V.i.S.d.P.

Alexander Popp

Projektleitung

Carolina Brauckmann
Matthias Kuske

Redaktionsteam

Gabriele Bischoff
Monica Brauer
Maria Bogdanou
Inge Heuschen
Reinhard Klenke
Thomas F. Kramer
Alexander Popp
Birgitt Torbrügge

Gestaltung und Produktion

Bernd A. Hartwig und Kai Kullen, Köln
www.berndhartwig.de

Fotos:

Kai Kullen, Bernd A. Hartwig, photocase.de

Gefördert aus Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration [vormals Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien] des Landes Nordrhein Westfalen

Online Version dieses Handbuchs mit zusätzlichen Informationen
www.politik.schwules-netzwerk.de
www.politik.lesben-nrw.de

Kontakt**Schwules Netzwerk NRW e.V.**

Lindenstraße 20
50674 Köln
www.schwules-netzwerk.de

LAG Lesben in NRW e.V.

Ackerstraße 144
40233 Düsseldorf
www.lesben-nrw.de

Stand
Dezember 2005